

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 6 (1977)
Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, B.D. Niebuhr, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0) 41 47 75 30
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. (0) 41 47 34 00
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Das Geschäft mit dem Spray und seine Gefahren

Weg mit dem Spray!

Ein einziges Konsumgut – die Spraytreibgase – sind daran, den für die ganze Biosphäre lebenswichtigen Ozonschild zu zerstören. Damit die milliardenschwere Industrie weiter produzieren und expandieren kann, werden die kritischen Wissenschaftler mit möglichen und unmöglichen Argumenten hingehalten, wenn nötig gar diffamiert. Seit drei Jahren ist bekannt, was seither nur bestätigt wird: Wir sind daran, dank der massenhaften, weltweiten Verbreitung der Sprays, die Ozonschicht zu zerstören. Auch wenn wir heute stoppen würden, 3–8% Ozonzerstörung sind uns gewiss. Ökologen schätzen, dass nur 0,5% schädlos zu verkaufen wären. Sprays sind nicht nur direkte Umweltzerstörer, sie sind enorme Energie- und Rohstoffressourcen. 55 Mio. leere Spraydosen wanderten letztes Jahr in den Schweizerischen Abfallkübel, und damit rund 100 Mio. kWh Energie. – Auf was warten wir noch? Wohl darauf, dass die Schäden so gross geworden sind, dass auch der nichtinformierte Bürger erschrickt und auf die Strasse geht – und dass die «Wiedergutmachungsindustrie» einen genügend grossen Markt vorfindet, so dass sich Investitionen lohnen.

AG Ökologie & Politik

Im Juni 1974 veröffentlichte die angesehene Zeitschrift «Nature» einen Artikel in dem die Professoren Rowland und Molina die Welt mit den Resultaten ihrer Forschung konfrontierten: mit den «hilfreichen» Sprays werden der lebenswichtige Ozonschild nach und nach zerstört. Sie berechneten bei konstant bleibender Spray-Produktion (Niveau 1972) einen Ozonabbau von 7 bis 13%. Schon kurz nach der Veröffentlichung wurde das Thema von vielen Journalisten

der Versuch unternommen, die Arbeiten als fragwürdig, die Schlussfolgerungen als völlig ungerechtfertigt zu «entlarven». Die Kampagne hatte meist die folgenden Hauptpunkte:

Zuerst versuchte man die Gefahr zu verharmlosen: «Der theoretisch mögliche, völlig harmlose und leicht kurierbare Hautkrebs, der aus übermässiger UV-Strahlung bei bestimmten Berufsgruppen resultiert, war noch nie ein Problem, weder statistisch noch medizinisch» (Dr. Ziegler, Aerosolreport).

Das zweite Hauptargument zielte darauf, die Arbeiten als Modellrechnungen abzutun, die auf sehr vielen «Hypothesen» basierten und daher lediglich als Spekulationen zu betrachten seien oder gar als «hervorgebrachten Unsinn». Die Diffamierungskampagne ging so weit, die «Computerberechnungen» als Resultat einiger «neugieriger Physiker (...) der Atom-

man feststellen, dass entweder diese Arbeiten nicht richtig gelesen oder aber bewusst verfälschend dargestellt worden sind. So reden sie dort von «fragwürdigen Annahmen» wo es sich um Resultate mehrerer gesonderter Untersuchungen handelt, oder Dupont verweist auf zwei Harvard-Forscher, um zu begründen, warum Rowlands Schlussfolgerungen «zumindst vorläufig» seien – obwohl diese Forscher in ihrer Arbeit inhaltlich unzweideutig formulieren, dass wir «kräftige Gründe haben zu glauben, dass der heutige Konsum an Freone schwerwiegende Probleme für das Ozon schaffen wird». Sie berechnen, dass bei einem Stopp 1978 3% Ozonreduktion in Kauf genommen werden müssen, bei einem Stopp 1995 mindestens 10% während ca. 200 Jahren.

«Aus Schaden wird man klug»

Die Forderung nach den Beweisen der Schuld der Industrie enthält eine teuflische Arroganz, die erst bei genauer Betrachtung auffällt. Der naturwissenschaftliche Beweis zu erbringen hiesse, das Ozon teilweise mit dem Treibgas zu zerstören und zu beweisen, dass es auch tatsächlich die Treibgase waren. Den Irrsinn solcher «wissenschaftlicher Beweisführungen» ist im Verlauf dieser Jahrhunderte mehrfach mit Atomkatastrophen demonstriert worden. Die Konsequenzen wurden jeweils nach einzelnen Ereignissen (z. B. Contergan) gezogen, die Vorprüfung wurde Schritt für Schritt verschärft.

Die Sprayindustrie schlägt uns heute den gleichen Lernprozess mit all seinen «Nebenfolgen» vor. Nur verrät sie uns nicht, welches das «Heilmittel» ist, das sie den Menschen und der ganzen globalen Natur verabreichen will, nachdem wir «spürbar» zuviel UV-Strahlung empfangen haben. Natürlich wäre es auch wieder DuPont – allenfalls einer seiner Konkurrenten –, die uns den «Anti-UV-Sprays» verkaufen und «UV-resistente» Pflanzen und Tiere züchten würde, denn mit etwas muss sie ja den Umsatzrückgang, den sie durch das Sprayverbot erleiden würde, kompensieren können.

Traut die Industrie dem Computer nicht?

Der Vorwurf, es handle sich ja nur um Computermodelle, die Welt sei aber viel komplizierter, geht völlig daneben. Denn erstens wurden diese Stratosphärenmodelle mit 200 Mio. Franken Aufwand während vier Jahren entwickelt und haben sich bewährt. Zweitens sind solche Computermodelle die einzige Möglichkeit, komplexe natürliche

Systeme auf ihre Veränderbarkeit zu überprüfen. Sie sind als wissenschaftliche Methodik längst anerkannt und basieren auf vielen Laborexperimenten und Messungen in der Stratosphäre.

Ein Jahr nach dem Alarmruf von Rowland und Molina haben die Arbeiten verschiedener Gruppen ihre Aussagen bestätigt. Messungen haben die von ihnen vorhergesagten Veränderungen in der Stratosphäre belegt. Die Korrekturen nach oben und nach unten gleichen sich aus, die ursprünglichen Aussagen wurden erhärtet. Rowland konnte im Herbst 75 klar festhalten: «Die Industrie hat bereits ein Jahr Zeit gehabt, um wesentliche Fehler des Modells nachzuweisen, aber sie war bis heute nicht dazu in der Lage.»

Unzweideutige Beweise

«Wir haben genug Zeit», meinte DuPont-Forschungsdirektor McCarthy, um während der nächsten 3–6 Jahre solviet Experimente durchzuführen, «dass



wir unzweideutige Beweise vor uns haben». Dann könnte man entscheiden. Solange aber diese «unzweideutigen Beweise» nicht vorliegen, sei jedes Handeln gegen die «wertvolle Industrie unmoralisch». Prof. Johnston von Berkeley deckte die Strategie der Industrie auf. «Unzweideutigkeit ist ein subjektiver Term. Auf wie viele Dezimalstellen müssen wir uns einigen, bis die Industrie zufrieden ist?»

Dass es ihr ernst sei mit der wissenschaftlichen Erforschung des Ozonabbaus will die Industrie publizistisch gut nützen. 10 Mio. Dollar wollte sie «unabhängigen» Wissenschaftlern in den nächsten Jahren zur Verfügung stellen. Wie immer in solchen Fragen, wo gesellschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, ist aber auch die Gesellschaft gezwungen, die Forschung massgeblich zu finanzieren. Für den gleichen Zeitraum will die Industrie 10 Millionen budgetierte die US-Administration 60 Mio. Dollar für die Forschung.

Verwendete Literatur:
Rowland und Molina, Reviews of Geophysics and Space physics, Vol. 13, 1975
Science News, Vol. 107
Science, Vol. 190, 5. Okt. 1975
New Scientist, 2. Okt. 1975
Aerosolreport 1975

Wo die Wahrheit Herscht

Damit es überhaupt soweit kam, brauchte es etwas Unschweizerisches: ein politisch lebendiges Klima. Zwar sind auch in Genf die Freisinnigen die stärkste Fraktion im Parlament (22 Sitze), aber dicht gedrängt die Sozialdemokraten (18); CVP und Partei der Arbeit halten sich die Waage (17). Bei so viel Kräftegleichgewicht kann es kein bürgerliches Monopol geben. Überall da, wo Politik eben mitspielt, sind die Auseinandersetzungen hart.

Nun spalten sich die Geister bei der Frage, wie politisch die Wahl zum Ordentlichen Professor sei, womit klar wird, dass es sich hier um eine höchst politische Frage handelt. In all dem Gerangel um politische oder nicht-politische Wahl eines politisch-engagierten Wissenschaftlers tritt plötzlich und ungeladen die Klärung in Funktion. Säubert mit der Feststellung, jener «bessere Journalist» sei nicht aus Fähigkeit, sondern nur aus politischen Gründen in seinem Amt, sei sozusagen ein wissenschaftlicher Schafstempel.

Frage aber, wer das sagt? Natürlich steckt hinter jeder Stimme ein Name, doch darf uns dies nicht ablenken. Denn wer hier anhub, über die Wissenschaft zu richten und zu rechten, ist niemand anders als die Wahrheit selbst, die hehre Philosophie. Sie hat sich flugs eines mächtigen Organs bedient und schon Karl Jaspers die «ungemeine Begabung» hat zusprechen müssen.

Hier hat die «intellektuelle Autonomie», fernab jeglichen Alltags- und Politikgeschens, gewirkt – gewirkt, würde man so gerne sagen, hat sich allerdings so ungenau politischer Transmittent wie das einer Tageszeitung nicht enthalten.

Am Feierabend ist die Wahrheit zwar schon ein bisschen schollig: hat so ihr SP-Parteibuch, nicht dasjenige von Genf (das wird ja höchstwahrscheinlich in Moskau unterzeichnet), sondern ein waadtländisches. Die Wahrheit ist auch sonst nicht gerade zimperlich: kramt sie doch alte Diss-Noten aus dem Staub der Schubladen hervor, um nicht vergessen zu lassen, dass das schon nicht alle wissenschaftliche Erbsubstanz über jeden Zweifel erhaben war.

Aber wie gesagt: es handelt sich bei diesem Abklären der Vergangenheit einzig darum, die Wissenschaft vor einem aus so schweren Klumpen Unfähigkeit zu bewahren: Philosophie ist unpolitisch – dafür stimmt, was sie sagt. Zum Beispiel: «Es ist vollkommen unnötig, sich die Beziehung des Lehrers zu den Schülern in den Schemata der Macht vorzustellen.»

Sie bleibt sich selber treu, die Wahrheit, wenn sie auf grossen Wissenschafts- und Managementsymposien oder für das Schweizerische Genstium über altzu Mensch keinen Körper hätte, wäre nichts von alledem (Folter und Zerstörung, die Verf.) möglich. Doch er hat einen Körper. Welch tiefgreifende Senz! Wer war es doch bloss, welcher geizt hat, die Wahrheit sei einfach?

Doch halt, der bedeutendste Satz der Philosophie bleibe nicht unausgesprochen: Jeder möchte irgendwo die Instanz finden, die ihn gültig beurteilt. Jener Genfer Professor hat sie gefunden, die Macht der Wahrheit.

Ruedi Küng, Liselotte Suter

Mehr Spray – mehr Lebensqualität

Wer kennt nicht «Brilla» für modernes Abstauben? Bindet Staub und entfernt Schmutz. Glänzt und pflegt! Wer braucht nicht den «Schäum», der aus dem Pinsel kommt?

Auf diese und ähnliche Weise wird von den Massenmedien fast täglich versucht Einfluss auf unsere Bedürfnisse zu nehmen. Nicht ohne Erfolg, denn jährlich braucht der Schweizer Bürger etwa 9 Aerosole (= Sprays). Das ist europäischer Rekord. Die Sättigungsgrenze ist jedoch nicht erreicht; sie wird von der Industrie auf 12 Aerosole pro Kopf und Jahr angesetzt.

Der erste Spray

Die erste Spraydose stammt aus dem Jahr 1899 und funktionierte mit Ausnahme des Verschlusses gleich wie die heutigen. Obwohl die technischen Voraussetzungen in den folgenden Jahrzehnten für eine wirtschaftliche Ausnutzung gegeben sind, erkennt die Industrie diese Marktlücke bis zum 2. Weltkrieg

nicht. Der weltweite Einsatz der amerikanischen Armee veranlasst die Regierung, Insektizide in Sprayform zu entwickeln. Diese Staatsaufträge im Krieg ermöglichen es nun den betreffenden Firmen, ins Spraygeschäft einzusteigen. Dosen-, Ventill- und Treibgasindustrie haben so eine Entwicklungsstufe erreicht, die sie für die Vermarktung interessant macht. Dies ist in den ersten Jahren nach dem Krieg in den USA der Startschuss für den «Schwindelerregenden Aufstieg» der Aerosolindustrie.

In die rasch entstehende Marktlücke können sich eine Vielzahl von kleinen spezialisierten Firmen drängen. 1948 existieren erst wenige Sorten von Sprays; dennoch werden über 4 Millionen Dosen abgesetzt.

Monopolisierung der Sprayindustrie

Durch die Einführung von leichten Zindnosen, die Verwendung von Fluor-

Fortsetzung auf Seite 2

Länder	1964	Zuwachs.	1970	Zuwachs.	1974	Gesamtzuw.
USA	1419 Mio. \$	81%	2574 Mio. \$	11%	2850 Mio. \$	100,8%
Schweiz	19 Mio. sFr.	68%	51 Mio. sFr.	14%	58 Mio. sFr.	205%

Passen Sie auf!
Frühling / Sommer 1977

PORTUGAL
ERLEBEN

Fortsetzung folgt

Auskunft: Portugiesisches Verkehrsbüro
35, rue du Rhône – 1204 Genf

"WOZU
BENÜTZT
DU
EINEN
SPRAY?"
MAMI

"GEGEN
HAUT-
KREBS!"

"WARUM
HAAT DU
HAUT-
KREBS?"
MAMI?

"ZUKUNFT
ULTRA-
VIOLETT
IN DER
ATMOSPHERE!"

"WOHER
KOMMT
SCHICHT
UV?
MAMI?"

"DIE OZON-
SCHICHT
IST
ZERSTÖRT."
MAMI?

"WARUM
MAMI?"

"WEIL MAN
ZU VIELE
SPRAYS
BRAUCHT!"

"FRAG
NICHT
SO DUMM!"



Fortsetzung von Seite 1

kohlenwasserstoffen als Treibgas und die Entwicklung des Plastikventils gelingt es Anfang der fünfziger Jahre Chemiekonzernen wie Du Pont, die unliebsame Konkurrenz der Kleinbetriebe auszuschalten. Sie können sich die teure Forschung nicht mehr leisten.

1960 ist die bisher auf den nordamerikanischen Kontinent beschränkte Sprayindustrie mittels einer raffinierten und totalen Werbung in die Lage, sich in Europa einen neuen Absatzmarkt zu schaffen. Der Produktionsschwerpunkt verschiebt sich von den Haushaltsartikeln auf Sprays für die persönliche Körperpflege.

80% der Weltproduktion sind heute in Westeuropa und in die USA konzentriert. Die amerikanischen Industrien haben über ihr weitverzweigtes Netz

Produkte	Schweiz	USA
Körperpflege	72%	50%
Haushaltsprodukte	13%	32%
Insektizide u. Raumluftverb.	8%	6%
Diverse	7%	11%
Total	100%	100%

von multinationalen Konzernen und Beteiligungen an ausländischen Firmen die Hand.

Expansion in die dritte Welt

Nachdem sich in den siebziger Jahren in den westlichen Ländern eine gewisse Sättigung abzeichnet (ausgenommen Deodorants), ist eine Expansion nur noch in den Ländern der sogenannten

Zuwachsraten des Freonexports aus den USA 1970-1974

Quelle: US-Bureau of the Census

	1970	1974
Kanada	1160	3550
Mexiko	570	2400
Nicaragua	200	1500
Brasilien	160	4400
Argentinien	600	3000
Malaysia	105	1020
	Einheit 100 pound.	

dritten Welt möglich. Die grossen Anstrengungen, welche die amerikanischen Multis unternehmen, zeitigen bis jetzt nur geringe Erfolge. Trotzdem ist man sehr optimistisch, weil Sprays als

der Inbegriff des Fortschritts betrachtet werden. Man konnte nachweisen, dass bei höherer Kaufkraft der Konsum sprunghaft ansteigt.

Unsere Sprayzukunft...

Nach dem Ökonomen Hirsch hat ein Produkt folgenden Lebenszyklus: Einführung - Wachstum - Sättigung - Schwinden. In Europa und Amerika ist die Aerosolindustrie mit den herkömmlichen Produkten eindeutig in die Sättigungsphase eingetreten. Es geht also darum, durch die Erweiterung des Absatzmarktes und der Entwicklung neuer Produkte, auch neues Wachstum erreichen zu können. Die Aerosolfirmen sind der Überzeugung, dass in den Industrieländern neue Technologien für Puder-sprays und Dosierverrichtungen der Industrie neuen Auftrieb geben können. Auch neue Produkte wie Antibaby-Spray, Nahrungsmittel in Sprayform (Konfitüre, Butter, Schlagrahm etc.) und biologische Insektizide werden intensiv gefördert.

... dank aggressiver Werbung

Um diese Produkte absetzen zu können, müssen aber erst Bedürfnisse geschaffen werden. Ein Mittel hierzu ist die Werbung. Unsere Gesellschaft hat ein Klima geistiger Verarmung geschaffen und uns weitgehend der Möglichkeit beraubt, tiefe Beziehungen und Erlebnisse zu haben. Hier setzt die Werbung an, aggressiv, mit psychologischen Mitteln arbeitend, verleitet sie den vernünftigen Menschen zum Konsum. Die oben genannten ganz überflüssigen Produkte sind gute Beispiele dafür. Der Konsument versucht dem «glücklichen Prototypen», der die Werbung geschaffen hat, nachzuweichen, da man ihm versichert, dass er ebenso glücklich wird wie jener, wenn er nur dieses oder jenes Produkt kauft.

Die Frage bleibt, ob sich der Boom der fünfziger Jahre wiederholen wird. Mit wachsender Sorge beobachten die Firmen die Bestrebungen von Staat und Konsumentenorganisationen, die Herstellung von Sprays aus Umweltschutzgründen zu kontrollieren und stark umweltgefährdende Produkte sogar zu verbieten. Doch man hofft, «durch die Pflege der guten Beziehungen zu den Behörden» weiterhin in der Produktion umweltzerstörender Artikel freie Hand zu haben.

Alternativ-Spray?

Die Spraydose ist ein klassisches Beispiel für die gesellschaftliche Nutzlosigkeit und die ökologische Absurdität eines hochentwickelten, industriellen Konsumprodukts. Die meisten Sprayprodukte sind zwar in der betreffenden Form bequemer anzuwenden als die entsprechenden Naturprodukte, ihre Herstellung aber ist mit einem ungeheuren Rohstoff- und Energieaufwand verbunden. Der Energiebedarf für die Spraydosierproduktion in der Schweiz entspricht der Leistung eines mittleren Flusskraftwerkes an der Aare.

Ebenso gewichtig ist die Tatsache, dass durch die Anwendung von Körper-sprays (Körpersprays machen in der Schweiz 80% vom herkömmlichen Spraykonsum aus) gesundheitliche Schäden nicht auszuschließen sind. Dies wird den Konsumenten verschwiegen.

Der Spray muss in seiner heutigen sinnlosen und zerstörerischen Form verschwinden! Was ist die Alternative? Wohl mag das Zurückkehren zu Glasflaschen mit Handsprühpumpen in gewissen Fällen durchaus sinnvoll sein. Grundsätzlich aber gibt es zum heutigen Konsum von Spraysenden keine technische Alternative! AG Ökologie & Politik

Götterdämmerung zum Beispiel Spray

Die Spraydose und die ozonzerstörenden Treibgase stellen in allen Belangen ein überragendes Symbol für die Kurzschichtigkeit dar, mit der unsere westliche «Zivilisationsmaschine» im Namen des Fortschritts sich in die Zukunft frisst.

Es war die Rüstung und der Krieg, die den Einsatz von Spraysdosen ersann... es war abermals die Rüstung, die mit ihren Projekten von sehr hochfliegenden Maschinen auch die Gefährdung der Stratosphärenschichten ins Bewusstsein rief: die Flugzeuge, Supersonic Transport und Space Shuttle waren die Ursache für die enorme Expansion der Stratosphärenchemie der letzten 8 Jahre. Sie erst schufen die Voraussetzungen, die es heute erlauben, etwas über die ökologische Gefährlichkeit des Massenkonsum-artikels Spray zu wissen.

Die Rüstung als «Schöpferin des Fortschritts» und zugleich als dessen Kontrollinstanz? Wohl eher doch ein Motor für sinnlose Kreisläufe der Zerstörung und künstlichen Rekonstruktion der Natur (inklusive Mensch), an der nur die Kapitalisten ihre Freude haben können, weil sie zweimal verdienen, beim Zerstören und beim Wiederaufbauen.

Spray - ein Beispiel auch für Doppel-

züngigkeit der industriellen Wissenschaftsgläubigkeit. Geht es der Industrie darum, der Gesellschaft eine Technologie schmackhaft zu machen, so wird die Wissenschaft als Autorität zitiert. Bedient sich die Gesellschaft der Wissenschaft, um die Bedenklichkeit einer Technologie aufzuzeigen - z.B. die des Sprays - so kritisiert die gleiche Industrie die Beschränktheit und Fehlerhaftigkeit der gleichen Wissenschaft.

Dass die Natur viel komplexer ist als die grössten Computermodelle, führten seit Jahrzehnten die Umweltschützer als Argument gegen die Technologisierung ins Feld. Die Sprayindustrie will heute der Gesellschaft genau daraus einen Strick drehen, etwas über die Komplexität des eindeutigen Beweises, dass Sprays schädlich sind, nicht erbringen kann.

Es wird allerhöchste Zeit, dass die Gesellschaft endlich den Spieß umkehrt und der Industrie den Strick zu dreht. Einen echten Umweltschutz wird es nie geben, wenn nicht der Produzent gezwungen ist, die «Unbedenklichkeit» seiner Produkte nachzuweisen. Denn das nächste «Beispiel» kommt bestimmt.

AG Ökologie & Politik

Ein Hoch dem Narren Raymond!

Dr. Raymond Broger, Stillestehender Innerrhodor Landammann, Ständerat, Versicherungsombudsman, Präsident des Schweizerischen Reklameverbandes (SRV) - um nur einige seiner hehren Aufgaben zu nennen - ist seit dem 29. Januar bekanntlich auch Ritter des «Ordens wider den tierischen Ernst» des bündischen Aachener Karnevals. Wahrlich, Broger ist nicht nur vielbeschäftigt und urlich, sondern auch humorig.

Ein paar Tage vor seiner Auszeichnung setzte er sich als SRV-Präsident für die «Aktion Freiheit und Verantwortung» ein.



Eid wider den tierischen Ernst? (R. Broger wird in Appenzell als Landammann vereidigt)

tung» ein, deren letzte ruhm-, freiheits- und verantwortungsvolle Tat das ein- und ganzseitige Inserat zugunsten von Werbeberater, Archivbesitzer, Auskunftsgeber und Aufklärer Ernst Cincera war: Im offiziellen SRV-Organ «Werbung 77» rief er die Verleger auf, die Inserate der Aktion gratis zu veröffentlichen. Schliesslich dienten sie «der Erhaltung einer freien und differenzierten Presse sowie der Bekämpfung ungerechtfertigter Angriffe auf die Werbung. Mehr noch: «Es kann auch der Verleger den Gedanken nicht von sich weisen, ob nicht auch er in einer Aktion mitzumachen habe, die

für den Wettbewerb in der Wirtschaft kontinuierlich eintritt.»

Ein echter Polit-Witz. Ein zweiter aus dem Broger-Munde folgte sogleich, am 29. Januar in Aachen: Auch die Schweiz, so der Appenzeller röstend, habe ihren Stadlerknecht. Hier gelte man nach dem Motto vor «Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Schlichter selbst».

Dieser Dr. Broger ist des Ordens wahrhaftig würdig: Wer Gratis-Parteiwerbung für die Rechten als ein Muss erklärt - zur Verteidigung der freien Presse wohlgekommen - und wer die Beschneidung der Meinungsfreiheit durch Berufsverbote mit so viel Humor definieren kann, der ist wahrlich zu Recht ein Ritter «wider den tierischen Ernst». Wer wird denn auch den Abbau der Demokratie so tierisch ernst nehmen! Es wäre doch gelacht, wenn man - zusammen mit Narr Raymond - nicht lachen könnte.

Patriotisch-häuslich Siegfried Seldwyler

Vermerkt hatten es die bösen Linken und «Subversiven» ja schon, jetzt aber ist es offiziell bestätigt: Einige Verleger haben die ganzseitigen Inserate zur Verteidigung des «Subversivenjägers» Ernst Cincera der «Aktion Freiheit und Verantwortung» gratis abgedruckt. Dies erklärte der Sekretär des «Schweizerischen Zeitungsverleger-Verbands» (SZV), Charles Th. Jean-Richard.

Für den «Schweizerischen Zeitungsverleger-Verband» gilt nach den Worten seines Sekretärs Jean-Richard, dass sich die «Aktion Freiheit und Verantwortung» mit «dieser Cincera-Aktion (gemeint sind die ganzseitigen, z.T. gratis publizierten Pro-Cincera-Inserate) doch eher der Sache des Redressen als der Nationalangewandtheit und sozusagen von einer PR-Stelle der Werbewirtschaft entfernt hat».

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 01 (01) 47 75 30, Postschlüssel 80-37626.
Redaktion: Konrad Fidler, Rolf Kung, Rolf Nef, Bernd Dieter Niebuhr, Beat Schweingruber. Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Dopmann
Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminaren, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 01 (01) 47 34 00, Telex 55 235 1-sp-mm-Zeile - 62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Danks-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 3: 4. 7. 77
Inseratenschluss Nr. 3: 11. 3. 77

arbeitsgruppe für film und information
postfach 3071, CH-8031 zürich
telefon 44 24 44
postschlüsselkonto 80-30827

CINEMA ROLAND

LANGSTRASSE 11, 8004 ZÜRICH

11 FEBRUAR FREITAG	15.00 17.00 19.00 21.00	Demokratische Bewegung: Berufsverbot VERA ROMEYKE IST NICHT TRAGBAR Buch: Renke Korn, Max Willutzki. Regie: Max Willutzki. OF. Darsteller: Rita Engelmann, Herbert Chwoika, Gerd Burckhard, K.H. Müller.
12 FEBRUAR SAMSTAG	12.00 22.45	Demokratische Bewegung: Lehrlingsstreik ... E NOI ALTRI APPRENDISTI Realisation: Giovanni Doffini und Lehrlinge der Gewerkschule von Treviso. (Und wir - die Lehrlinge) Deutsche Version
13 FEBRUAR SONNTAG	11.00	
18 FEBRUAR FREITAG	15.00 17.00 19.00 21.00	Jorge Sanjinés EL ENEMIGO PRINCIPAL (Jatun Aika, Der Hauptfeind) Bolivien 1973/74
19 FEBRUAR SAMSTAG	12.00	Regie: Jorge Sanjinés. Buch: Jorge Sanjinés, Oscar Zambrano, Mario Areta. Darsteller: Arbeiter, Studenten aus Lateinamerika. OF mit deutschen U.
19 FEBRUAR SAMSTAG	22.45	Jorge Sanjinés YAWAR MALLKU (Das Blut des Kondors) Bolivien 1969. OF mit franz. U.
20 FEBRUAR SONNTAG	11.00	Jorge Sanjinés EL ENEMIGO PRINCIPAL Bolivien 1973/74. OF mit deutschen U.
25 FEBRUAR FREITAG	15.00 17.00 19.00 21.00	WINSTANLEY Grossbritannien 1975 Buch und Regie: Kevin Brownlow, Andrew Mollo. Nach dem Roman «Comrade Jacob» von David Caute. Darsteller: Miles Halliwell, Jerome Willis. OF mit deutschen U.
26 FEBRUAR SAMSTAG	12.00 22.45	Demokratische Bewegung: DER AUFRICHTE GANG BRD 1976 Buch und Regie: Christian Ziewer. Darsteller: Ulli Heiser, Antje Hagen.
27 FEBRUAR SONNTAG	11.00	
2-5 MÄRZ		Palästinensische Filmwoche im Volkshaus Zürich (Programm siehe Tageszeitungen)
4 MÄRZ FREITAG (Zeiten siehe Tageszeitungen)		Kafr Kassem von Borhan Alaouié, Libanon 1974
5 MÄRZ SAMSTAG	12.00	Alltagsleben in einem syrischen Dorf von Omar Amiralay, Syrien 1974
6 MÄRZ SONNTAG	11.00	
5 MÄRZ SAMSTAG	22.45	Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S. von Dindo/Meinberg, Schweiz 1976
11 MÄRZ FREITAG		Ernte 3000 Jahre von Haile Gerima, Äthiopien 1975 (Zeiten siehe Tageszeitungen)
12 MÄRZ SAMSTAG	12.00	
13 MÄRZ SONNTAG	11.00	
12 MÄRZ SAMSTAG	22.45	Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S. von Dindo/Meinberg, Schweiz 1976
18-31 MÄRZ		Neue kubanische Filme (Programm siehe Tageszeitungen)

'redaktionelles ++ redak

Wer bezahlt «das konzept»?

Das Geschäftsjahr vom «konzept» ist zwar schon am 30. 9. 1976 ausgelaufen, aber unsere Nebenamt-Buchhaltung hat erst jetzt die Rechnung abschliessen können. Erfreulich am Abschluss ist die Tatsache, dass «das konzept» sich finanziell hat gut halten können, und dies trotz der starken Rezession insbesondere im Pressewesen. Dass es dem «konzept» finanziell recht geht, hängt natürlich auch vom Umstand ab, dass seine Mitarbeiter (und Redaktoren) zu einem ganz bescheiden Entgelt arbeiten. Den Mitarbeitern danken wir an dieser Stelle herzlich dafür. Ganz besonders freuen können wir uns, weil die sinkenden Inserateinnahmen durch Neubeworbenen wettgemacht werden konnten. Die 100 Seiten «konzept» wurden im Rechnungsjahr 1975/76 zu rund 32,5% durch Beiträge der Studentenschaften finanziert (jeder Student bezahlt bekanntlich seine 85 Rappen pro Semester). Die Inserate bestreiten weitere 36% der Kosten. Abonnemente und Einzelverkauf finanzierten rund 27% der Kosten (und dies trotz der Tatsache, dass «das konzept» an den Schulen gratis aufliegt). Der Rest wurde in diesem Jahr durch Aktionen aufgebracht: «das konzept»-Fest im Herbst 1975, «Chansons im Multipack» im Verlauf des Jahres 1976, Allen Gönnen um Helfern des «konzept» danken wir und versichern, dass wir jeden Beitrag dafür verwenden, eine bessere und dickere Zeitung zu machen, noch dickere Post.

Die Redaktion

Schweizer Armee: Karriere für Kriecher

Goldenes Laub kränzt hoh(l)e Köpfe

Angriff ist die beste Verteidigung, sagt sich die Spitze der Schweizer Armeehierarchie und nutzt jede Gelegenheit, den in der Uniform entmündigten Bürger für kostspielige Waffen anschaffungswillig zu trimmen. Der neu gegründete Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) hat denn die politisierten Eichenlaubträger auch bereits abseits gepfiffen. Es ist fraglich, ob die in ihrem jahrzehntelangen umsichtig gepflegten Offiziersstolz durch Waffenbrüder Brigadier Jean Louis Jeannaire schwer angeschossenen Armeeführer den Ordnungsruf der wählermässig stärksten Regierungspartei überhaupt zur Kenntnis nehmen. Mit ihrem Werbeschrei für mehr teures Kriegsmaterial will die Armeeespite eindeutig ihr skandalöses Versagen in der Kaderausswahl verdecken, dem Volk glaubhaft machen, die schwächste Stelle in unserer unerprobten Verteidigungsorganisation sei die Bewaffnung und keinesfalls die Führung.

Mit der am Offiziersrapport des letzten Januarwochenendes in Luzern aufgestellten Behauptung «Die Armeeführung ist gesund» hat Korpskommandant Hans Wildbolz treffend durchgehenden lassen, was die Gemüter der Solosänger des helvetischen Wodanchores so tief bewegt. Für den letzten Armeeanführer sind Goldlaubträger seit dem Fall Jeannaires in die rote Hölle nicht mehr unfehlbarer Halbgötter. Diese zersetzenden



«Das ist das neue Modell (Vincera), das gegen den äusseren und den inneren Feind eingesetzt werden kann.»

(Aus dem «Öffentlichen Dienst», Organ des VPÖD.)

Glaubensschwächen bedrohen die hell Sandkastenwelt, in der die heutigen Armeeführer aufgewachsen und zu schwarzer Autobahn und goldigem Eichenlaub gekommen sind. Brigadier Jean-Louis Jeannaire hat der Eidgenossenschaft einen Dienst erwiesen, mit unmissverständlicher Deutlichkeit vorexerziert, wie fehleranfällig und reformbedürftig das Qualifikations- und Beförderungssystem der Armee ist. Krampfhaft und mit beinahe landesverräterisch anmutender Hartnäckigkeit vertritt er nun seine Waffenbrüder von vordem zu beaupten, Berufsoffizierpensionär Jeannaire weise auf die falsche Spur. Da nutzt auch die Protokollarbeit der «NZZ» vom 16. Dezember 1976 wenig, in der darauf hingewiesen wurde, dass ein vom Psychiater vor Gericht als vermindert zurechnungsfähig erklärter Major 1972 vom Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) in die engste Wahl für die Stelle als «Beauftragter für Fragen des Instruktionssystems» gezogen wurde und vermutlich die Armee mit seiner inzwischen in Straflängsgefangenen Person nur nicht bereichert hat, weil er die Bewerbung wegen Änderung seiner Karrierezielsetzung selbst zurückgezogen hatte.

«Konduiten-Noten»

«Zu den unerlässlich notwendigen Vorarbeiten für die veringerte Dienstzeit, welche die neue Militärorganisation

bringen will, gehört das Aufräumen mit allen Dingen aus einer Zeit, wo Aufstellung und Betrieb unseres Wehrwesens auf einer Stufe standen, auf der man die Bedingungen der Kriegstüchtigkeit nur sehr unklar erkannte.» Diese Forderung ist in dem Aufsatz «Die Konduiten-Noten» eines Korpskommandanten und früheren Waffenhafes verpackt, der feststellt, dass man die Armeangehörigen mit den Zahlen eins, zwei, drei qualifiziert und den vier Rubriken Betragen, Fleiss, Fortschritt und Eignung für die eingenommene militärische Stellung. Der Verfasser nahm an, das militärische Zensurvorgehen sei ein Überbleibsel aus der Mönchschule des Mittelalters, und bezeichnete es als ein Übel, die Armeangehörigen so zu qualifizieren. Dieser Kritiker von 1906 ging in die Geschichte als General Ulrich Wille (1848 bis 1925) ein. Das kritisierte Qualifikationssystem ist militärhistorisch noch nicht einzureihen, denn es wird – mit leichten kosmetischen Korrekturen – noch in der Schweizer Armee von 1977 angewandt!

Gut ist, was mir nützte?

«Die Qualifikationsblätter der Rekruten verlangen immer noch Noten. Die Rubriken sind allerdings nicht mehr so summarisch wie damals», gesteht der Ausbildungschef der Armee, Korpskommandant Gérard Lattion, ein. «Wir ändern die Personalauswahl im Hinblick auf das Armeeleitbild 80 nicht so schnell», artikuliert Dr. jur. Hans Rudolf Kurz, stellvertretender Militärverwaltungsdirektor, das brennende Beharrungsvermögen Sein Vornamensvetter und Vorgesetzter, Bundesrat Gnägi, begründet: «Ich bin überzeugt, dass Jeannaire ein Einzelfall ist. Im grossen und ganzen hat nicht das Qualifikationssystem in der Schweizer Armee versagt, sondern der Mann.» Unterstützung erhält der SVP-Bundesrat vom FDP-Nationalrat Hans-Rudolf Meyer. Der Stadtpräsident von Luzern und forsche Brigadier: «Das Qualifikationssystem ist absolut in Ordnung. Die Beurteilung von allen Kandidaten durch berufene militärische Chäfs ist derart umfassend, dass die militärischen Chäfs den Antrag für jede Beförderung stellen können!»

Im Bundeshaus Ost hört man: «Jean-Louis Jeannaire hatte im Dienst-Etat und in allen übrigen vorhandenen militärischen Schriftstücken sich über lukkenlose Superqualifikationen ausweisen können, so phantastisch gute Qualifikationen, dass es den Leser fast vom Sessel werfen muss, wenn er sie liest...»

Neue Qualifikationsformulare

Dr. G. T. Schwarz, Chef Informationsdienst vom Stab der Gruppe für Ausbildung, behauptet indessen, dass sich seit der Kritik vom späteren General Wille im Jahr 1906 auch im EMD in bezug auf das Qualifikationssystem etwas in Bewegung gesetzt hat:

- neue Vorschriften vom 2. 2. 1976
- Formulare für Schulen und Kurse
- Einführungskurse für Schulkomman-

danten und Instruktor in die neue Methode des Qualifizierens (sechs durchgeführt)

- Nächster Schulkommandantenrapport behandelt als Schwerpunkt «Menschenführung» und damit auch das Qualifikationssystem

- Auch für die Wiederholungskurse ist ein neues Qualifikationssystem in Arbeit, desgleichen für die Instruktor; der Stand der Vorarbeiten lässt jedoch eine Publikation nicht zu, bevor sich die zuständigen Instanzen zu den Entwürfen äussern konnten.

Keine Qualifikationssystemänderung kann aber Dr. Eugen W. Schmid an den bisher vorgelegten neuen Qualifikationsformularen feststellen, die lediglich eine andere graphische Aufmachung und einige Rubriken mehr aufweisen als ihre Vorgänger.

Verdreungen eines Divisionärs

Managementausbilder und Hauptmann Schmid hat an der Handelshochschule St. Gallen mit einer Arbeit über die Qualifikation in der Armee doktriert. Schmid hat nachgewiesen, dass mit Hilfe des Rangreifeverfahrens, bei dem sich die Unteroffiziere einer Schule un-



tereinander selber qualifizieren und mit Qualifikation durch die Rekruten sich wertvolle Entscheidungshilfen für die mit der Qualifikation betrauten Vorgesetzten herausarbeiten lassen.

«In der Beurteilung eines Menschen kann der Vorgesetzte oft irren, der Gleichgestellte selten, der Untergebene nie», meint denn auch der pensionierte Berufsoffizier Hans Eichin, ehemals Kommandant der Mech Div 4.

Zumindest gerät sich auch Divisionär Hans Trautweiler, wenn er folgende Fehlinterpretation in die Welt setzt: «Eine von einem Absolventen der Hochschule St. Gallen durchgeführte Untersuchung hat aufgrund der Selbstbeurteilung der Betroffenen praktisch die gleichen Resultate ergeben wie die konventionellen Auswahlmethoden.»

Eugen W. Schmid hat tatsächlich

nachgewiesen, dass die Soldaten ihre Unteroffiziere und die Unteroffiziere ihre Kameraden mindestens so sicher charakterlich und fachlich zu qualifizieren vermögen wie ihre Vorgesetzten. Trautweiler verschweigt allerdings, dass die Untergebenen und Gleichgestellten bedeutend schneller und sicherer zu einem zuverlässigen Urteil fanden als die Vorgesetzten und dass Schmid mit dem Ergebnis beweisen konnte, dass das Rangreifeverfahren ähnlich gute Qualifikationsresultate erbringt wie das altväterische Ermessensverfahren der Vorgesetzten. Der Doktorand hat den Beweis erbracht, den nun der Divisionär dazu nutzt, um zu beweisen, dass das bisherige Qualifikationssystem genüge.

Kaderfunktionen mit Vitamin B

«Meines Erachtens ist die Charakterbeurteilung das zentrale Problem. Es ist nachgewiesenermassen so, dass Sie charakterliche Schweine haben können, die intellektuell brillant sind», versichert der Akademiker Schmid. «Es wird nie möglich sein, jemanden zu befördern, von dem man mit letzter Sicherheit weiss, dass er keinen Charakterdefekt hat, und doch werden wir jetzt die Schwachstellen finden müssen, um zu sehen, was verbessert werden kann. Es sind kaum Massnahmen denkbar, um für alle Zeiten eine Wiederholung dessen zu verhindern, was passiert ist, aber es gibt noch viele unmögliche (Sache) in der Armee», glaubt denn auch Stände-



Die italienische Bischofskonferenz hat die italienischen Katholiken darauf hingewiesen, dass die vortätliche Abtreibung auch dann ihren Charakter als Todsünde nicht verliert, wenn das Abtreibungsgesetz endgültig in Kraft sei. Ob dieser moralische Terror, welcher damit vor allem auf minderbemittelte Schichten der italienischen Bevölkerung ausgeübt wird, keine Todsünde ist, wurde allerdings nicht vermerkt.

Einige der 18 Berner Uni-Professoren, welche in einem geharnischten Brief an den Oberbürgermeister von Mannheim (BRD) gegen einen Preis für den Dindio/Münsterberg-Film «Die Erschliessung des Landesverträgers Ernst S.» protestiert hatten, gaben an einer Diskussion in der Aula der Uni Bern zu, den Film bei der Briefunterzeichnung noch gar nicht gesehen zu haben. Ob sie auch auf diese Art die Arbeiten ihrer Studenten beurteilen?

Zum Bundesratsentscheid in Sachen «Ernst S.»-Film (vgl. Januar-Nummer des «konzept») schreibt das «Schweizerische Kaufmännische Zentralblatt»: «Die Unversämtheit politisch extremer Wählwände und ihrer publizistischen Helfershelfer kennt keine Grenzen... Man zeigt sich tief beleidigt, wenn es dieser Staat ablehnt, für gegen ihn gerichtete Agitation auch noch eine Qualitätsprämie auszurichten. ... Soll man endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht bereit sind, mit unseren Steuergeldern marxistische Geschichtsklitterer stark zu machen.»

Vor einiger Zeit wurde im nahen Landschut (BRD) in einer Buchhandlung das Buch «Haymarket» (Wagenbach-Verlag) beschlagnahmt. Grund: es fordere auf Seite 18 zu Straftaten gegen «Militärs, Polizei und Pinkertons» auf. Die Aufforderung ist 91 Jahre alt. Die auf Seite 12 desselben Buches berichteten Aufforderungen der Unternehmer, den Arbeitern «Blei als Mähzeit zu geben oder «Arsenik aufs Brot zu streuen» und unter Gewerkschafter «Handgranaten zu werfen», wurden weder damals noch heute als strafbar bezeichnet.

*) Paramilitärische Privatpolizei vor allem zum Schutz von Eisenbahntransporten im Chicago des 19. Jh.s, benannt nach dem Gründer Pinkerton.

Die Beschlagnahme des Buches «Haymarket» (1886; Die deutschen Anarchisten von Chicago) geschah aufgrund des neuen Paragraphen 88a, nach welchem jeder Aufruf zur Gewalt, aber auch jede Darstellung von gewalttätigem Widerstand in der BRD als strafbar gilt. Mit diesem Paragraphen wollten die bundesdeutschen Behörden auch gegen Bücher wie Bölls «Katharina Blum» vorgehen.

«Die Herren von Bern» heisst eine Umfrage, die die Schweizerische Depeschagentur (sda) kürzlich gemacht hat. In der Umfrage war zu erfahren, dass heute in der Bundesverwaltung von jedem Prozent mehr protestantische Chefbeamte sitzen als vor zwei Jahren. Oder dass alle Chefbeamten in Bern im Durchschnitt zwei Monate jünger sind als noch vor zwei Jahren.

Über die politische Herkunft der Herren von Bern stand nicht im Bericht. Die Religion scheint bei den Chefbeamten im Bundeshaus, die bis zu 87 000 im Jahr verdienen, eben wichtiger zu sein – obwohl sie 63,2 Prozent «aufgeklärte» Akademiker sind.

NZZ refusierte Todesanzeige

«das konzept» bietet sich an als Alternativzeitung für Todesanzeigen, denn sogar Todesanzeigen werden neustens von der NZZ, bzw. von Dr. Eric Mettler, Leiter der Auslandsredaktion und prominentes Mitglied der FDP, abgelehnt. In der Januarnummer der «NZZ vom pflanzenstiel» gibt er als Begründung an: die Todesanzeige (vgl. Kopie) «rieche vom Johannes-Zitat bis zu den unabgeklärten Umständen nach Protest gegen das Regime in Südafrika». Politische Kritik gehöre in der NZZ nicht in den Inseratenteil, höchstens in den Textteil.

Uble Hetzinsätze à la «Freiheit und Verantwortung» sind offenbar nicht politisch und dürfen deshalb in der NZZ im Inseratenteil erscheinen. Anders steht es natürlich, wenn das Demokratische Manifest in einer Anzeige auf eine Kundgebung im Gebäude mit dem politisch verdächtigen Namen Volkshaus hinweisen will. Bei Todesanzeigen ist der Fall strittig. Um sicherzugehen, wählt man am besten ein gediegenes Bibelzitat, etwa das zeitlose «Der Herr ist dein Hirt, dir wird nichts mangeln», und vergisst nicht, die FDP-Parteizugehörigkeit bei den Namen der Verstorbenen zu vermerken.

Bestürzt teilen wir unsern Freunden und Bekannten mit, dass kurzlich

Mapetla Mohapi

Leiter eines vom Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz unterstützten Werkes

unter nicht abgeklärten Umständen in einem Gefängnis der Südafrikanischen Republik gestorben ist.

Kooperation Evangelischer Kirchen und Missionen

03-110182

«Die Wahrheit wird euch frei machen.» Joh. 8,32

Inserat

10-10-10-10



SÜDAMERIKA – MITTELAMERIKA – ÜBER DIE BAHAMAS.

* Naassau	ab Fr.	857.-
* Lima	ab Fr.	2.041.-
* Bogota	ab Fr.	1.582.-
* Quito	ab Fr.	1.590.-
* Mexico (Cancun)	ab Fr.	1.355.-
* Jamaica	ab Fr.	1.147.-
* Miami	ab Fr.	1.064.-

4 x wöchentlich ab Luxemburg mit DC-8 Super Jets. Auskünfte in jedem guten Reisebüro, oder Coupon direkt an AIR BAHAMA.

8024 Zürich, Linienstrasse 4, 01/32 94 13-16 4002 Basel, Hardstrasse 45, 061/42 66 44 1211 Genf, 16, rue du Mont Blanc, 022/31 43 35

Ich bitte um Detail-Informationen. «K3»

Name: _____

Strasse: _____

PLZ: _____

Anmerkung: Ende Februar erscheint vom Verfasser das brieft. Buch «Die Schweizer Karriere: Können, Kennen, Kriechen? Vorbestellungen an HeChT-Verlag, Postfach 3210, 8800 Thalwil. Der journalistische Report wird 12 Fr. kosten.

Franz Wagner-Truninger

W. M. Diggelmann führte Gespräche über das Hochschulleben in der DDR

«Wir geben viel, und wir verlangen viel»

W. M. Diggelmann machte im November 1976 eine ausgedehnte Erkundungsfahrt durch die DDR. So besuchte er auch die Friedrich-Schiller-Universität in Jena und führte mit Studenten und Rektor Gespräche

über bildungspolitische Praxis und Probleme. Die nachstehenden Ausführungen sind dem Tagebuch entnommen, das Diggelmann bei seiner Reise geführt hat. (Es erscheint demnächst im Benziger-Verlag) Die Red.

19. 11. 76

Jena. Was fällt mir ein, wenn ich diesen Namen höre oder lese? Zeiss-Werke, Jenaer Glas. Mehr nicht? Von den Zeiss-Werken weiss ich seit meiner Bubenzzeit, dass hier die besten Objektive der Welt hergestellt wurden. Feuerfeste Platten aus Jenaer Glas stehen auch heute in unserem Geschirrschrank in Zürich. Alles, was auch noch mit Jena zu tun hat, habe ich aus Büchern, oder ich habe mir manches erzählen lassen, zum Beispiel über die Jenaer Studenten, die vom 17. bis 19. Oktober 1817, zur Feier des Jahresfestes der Völkerschlacht bei Leipzig und zum dreihundertsten Jahrestag der Reformation, auf die Wartburg eingeladen hatten. Über 400 Studenten und einige Professoren sollen damals auf die Wartburg gezogen sein. Über den Sinn des Wartburgfestes sagte der Jenaer Student Heinrich Hermann Riemann, dass er: «... kein anderer sein kann: dass wir

fest findet in unseren Herzen und Köpfen Tag für Tag statt.»

Und einer sagt sogar: «Nachdem uns die Rotarmisten 1945 die Revolution gebracht und wir sie übernommen haben, hat sie nicht wieder aufgehört. Das Ende der Revolution wäre unser aller Ende...»

Solche Worte klingen hochgemut, und nach einem vielstündigen Gespräch will ich es ihnen auch glauben. Sie beschönigen nichts, alles sei nur ein Anfang, sagen sie, das Ziel hätten sie im Kopf, aber in Sicht sei es noch nicht.

Bei der Gesprächsrunde mit einem Dozenten am Vormittag im Senatsaal sagt der Konrektor: «Die Zukunft dieses Landes bestimmen nicht wir, die Väter, sondern unsere Kinder. Wir haben das Fundament geschaffen. Die Häuser nun müssen die Jungen entwerfen und bauen. Sie müssen entscheiden, in wofür sie ein Haus wohnen möchten. Und weil wir ihnen das auch sagen und ihnen Verantwortung geben, lernen sie auch schon an ihre Kinder denken...»

Mitbestimmung der Studenten also? Der Senat, antwortet man mir, könne nichts entscheiden, ohne die Vertreter der Studentenschaft anzuhören. «Ihre Einwände oder Vorschläge sind für uns alle durch Gesetz verbindlich. Freilich müssen die Argumente stichhaltig und begründet sein. Das führt zu stundenlangen, oft ermüdenden Diskussionen. Zuerst in den Gremien der Studentenschaft und gleichzeitig im Senat, und dann wird die Sache zwischen Vertretern der Studentengremien und dem Senat weiterdiskutiert.» Die Mitbestimmung geht bei uns so weit, dass die Studenten jederzeit einen Dozenten zur Rechenschaft ziehen können, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass Vorlesungen oder Seminare genügen nicht ihren Ansprüchen. Wir haben ja bei uns das Recht auf Bildung, aber natürlich auch die Pflicht auf Bildung.

Das hört sich gut und schön an, nicht wahr, aber wir wollen nicht verschweigen, dass dies auch viele Komplikationen mit sich bringt. So einseitiges, autoritäres Vorgehen, wie das bei euch ist, würde das Leben unserer Dozenten oft leichter machen. Wir können zum Beispiel auch nur in ganz gravierenden Fällen einen Studenten relegieren, und das auch erst, wenn der Fall vorgängig durch die Konfliktkommission der Studenten gründlich abgeklärt worden ist. Streng genommen können wir einen Studenten nur im Einverständnis mit der Studentenschaft relegieren.

Andererseits kann aber auch ein Student sich nicht so einfach exmatrikulieren. Es müssen schon schwerwiegende Gründe vorliegen. Krankheit zum Beispiel. Oder die Einsicht, dass er den falschen Weg eingeschlagen hat, dass er es nicht schafft. Und wenn das so ist, sind seine Kommilitonen verpflichtet, das Problem mit dem Betroffenen eingehend zu beraten, und auch der Vorseher der Sektion (Ordinarius und Direktor der Fakultät) muss sich intensiv mit ihm abgeben. Es wird keiner einfach so entlassen...»

Der Ordinarius für Chemie berichtet von einem gerade aktuellen Fall. Eine bestausgewiesene Laborantin wird von ihrem Betrieb zur Weiterbildung an die Universität geschickt. Die junge Frau freut sich, denn das ist eine Auszeichnung. Aber nach drei Semestern hat sie das Gefühl, sie schaffe es nicht nur

bis zum Lizentiat (Diplom), und schon gar nicht bis zum Doktor. «Und diese junge Frau hat also vor vier Wochen um Exmatrikulation nachgedacht. Ich bin aber überzeugt, dass sie es schaffen wird. Morgen werde ich das dritte Gespräch mit ihr haben. Da handelt es sich um eine typische Entwicklungskrise, um Angst. Als Laborantin war sie erstklassig und von ihren Kollegen entsprechend bewundert. Und nun muss sie sich an den Fähigkeiten ihrer Kommilitonen messen. Es wird mehr von ihr gefordert, und sie hat Angst, dieser Forderung nicht gewachsen zu sein. Aber das lassen wir nicht zu, wir überlassen keinen seinen eigenen Zweifeln und Ängsten...»

Also wieder das Lied von der allgegenwärtigen und allesumfassenden Solidarität?

«Gewiss», erwiderte der Konrektor, «aber in unserem Staat ist ja Solidarität nicht eine Einbahn. Wir fordern vom einzelnen viel, aber der einzelne darf vom Kollektiv ebenfalls viel fordern. Wir, als Kollektiv, als Gesellschaft, geben viel, und wir verlangen viel. Unsere Studenten werden auf Kosten der Werktätigen ausgebildet, sie bekommen grosszügige Stipendien, eine Art Löhne, wenn Studenten verheiratet sind, Kinder kommen zur Welt, haben wir an der Uni eigene Kinderhorte und Kindergärten. Wenn eine Studentin, weil sie Mutter wird, aussetzen muss, erhält sie das Stipendium weiterhin, und ihr Studienplatz bleibt ihr erhalten...»

Also auch Bildung eine Art Volkseigentum? Der durch und durch reglementierte Mensch? Der eingepalgte Wissenschaftler. Das Kollektiv bestimmt, wer Chemie, Physik oder Medizin zu studieren hat?

«So einfach ist das nicht», antwortet die Vorsteherin der germanistischen Fakultät, «die Gesellschaft, ich sage das nun vereinfacht, signalisiert uns ihre Bedürfnisse. Wir brauchen zum Beispiel weniger Lehrer im Augenblick, dafür

mehr Physiker oder Mathematiker. Und das signalisieren wir bereits an die Oberschulen, die Lehrer der beiden letzten Schulklassen sind aufgefordert, verpflichtet, die spezifischen Talente ihrer Schüler zu entdecken, zu fördern, mit diesen Schülern schon möglichst früh abzuklären, wofür sie sich interessieren. Denn wir wiederum, ich meine jetzt die Gesellschaft, haben kein Interesse daran, mit Brachialgewalt einen jungen Menschen zum Chemiker auszubilden zu wollen, wenn wir erkennen, dass aus ihm ein guter Arzt werden könnte...»

Ein Numerus clausus? «Der liegt nicht drin, nicht in der Form wie in Westdeutschland. Wir fangen unsere Jugend rechtzeitig auf. Wir lassen keinen jungen Menschen einfach so ins Ungewisse hinaus. Das heisst nicht, dass es keine Pannen gibt. Ich müsste lügen, wenn ich behauptete, bei uns gehe alles so glatt, wie sich das nun anhört. Doch für uns ist die Frage entscheidend, welches sind die Voraussetzungen? Unseren Garten verwildern und verwuchern lassen oder die zarten und schönen jungen Pflanzen pflegen und hegen? Ich glaube, wir haben uns richtig entschieden...»

Der Schüler weiss also schon sehr früh, welches Studium an welcher Universität er absolvieren kann?

«Unsere Studenten wissen auch bereits zwei Jahre vor ihrem Abgang von der Universität, wo sie arbeiten und wieviel sie verdienen werden. Da gibt es persönliche Härtefälle. Zum Beispiel, wir brauchen dringend einige Lehrer in kleineren Dörfern, und keiner unserer Absolventen will ins Dorf, alle wollen nach Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt oder so. Nun, da reden wir mit denen. Wir legen ihnen dar, dass wir auf sie angewiesen sind, wir überzeugen sie davon, dass es ohne sie nicht geht. Und in zwei Jahren gehen vielleicht einige von der Uni ab, die in Bauernhöfen lehren möchten, und nicht in Berlin oder Rostock. Dann wechseln wir aus...»

Also doch Reglementierung? «Das ist nicht der richtige Ausdruck. Was da permanent vor sich geht, ist ein Dialog. Wir müssen uns gegenseitig überzeugen. Tag für Tag. Wir irren uns und müssen unsere Irrtümer eingestehen. Wir können nicht weiter, wenn wir sagen würden, behaupten würden, wir machen keine Fehler. Wir machen alle viele Fehler. Aber, und das scheint mir wesentlich für unsere Bildungsarbeit, angefangen im

Kindergarten, wir müssen unsere Schüler und Studenten lehren, auch mit Fehlentscheidungen fertigzuwerden, oder aber wir müssen unseren Jungen sagen, dass sie es vielleicht einmal anders, ja sogar besser machen werden. Wir wollen doch endlich keine Nation von Vätern mehr sein. Mit diesem Trümmerhaufen «Väter» müssen wir fertigwerden, den müssen wir wegräumen, das ist unsere Aufgabe... Ich will nicht das grosse Wort Revolution am Lauffmeter strapazieren, aber die Formulierung «education permanente» ist sicher am Platz...», sagt der Konrektor, und dem habe ich heute nichts beizufügen, nicht einmal eine Frage.

Das Senatszimmer: die Decke original aus Goethes Arbeitszimmer in Jena. «Die Jenaer wollten auch immer einen Hauch von Goethe um oder über sich haben...»

An der Wand ein Ölgemälde: das Stadtpalais der Herzöge Sachsen-Weimar-Eisenach. Die «Friedrich Schiller Universität» steht auf den Trümmern dieses Palais. Auf diesem Gemälde dann auch noch porträtiert Grossherzog Karl August, Goethe, Schiller und Humboldt. Von Schiller hatten die Jenaer mehr als nur einen Hauch mitbekommen. Der Autor der «Räuber» war hier Professor gewesen, hatte hier seine Antrittsvorlesung gehalten.

Zum Mittagessen gehen wir hinüber ins «Professoren-Kasino». Es ist untergebracht im ältesten und schönsten Haus, das heute in Jena steht. Kasino? Dieses Wort erinnert mich an Offiziere, an Garnison.

«Ja, richtig», sagt der Konrektor, «das allererste, was die Russen damals in Jena wieder aufgebaut haben wollten, in Betrieb genommen haben wollten, war die Universität. Und damit die Professoren gut ernährt würden, um gute Vorlesungen schreiben zu können, requirierten sie dieses Haus und richteten für die Professoren ein «Kasino» ein...»

Am Nachmittag, wie gesagt, das lange Gespräch mit den Studenten. Der eine: «Das Ende der Revolution wäre unser aller Ende...»

Weht hier in Jena doch wieder der Geist der Jenaer Studenten von 1817? Wartburg! W. M. Diggelmann

* Mit «Burschenleben» ist hier nicht die Burschenschaft der Studentenverbindungen, wie sie in unserem Jahrhundert berüchtigt-berühmt wurden, gemeint, sondern die liberal-demokratische Studentenbewegung jener Zeit. (Die Red.)



W. M. Diggelmann

gemeinsam das Bild der Vergangenheit uns vor die Seele rufen, um aus ihrer Kraft zu schöpfen für die lebendige Tat der Gegenwart: dass wir gemeinschaftlich uns beraten über Tun und Treiben, unsere Ansichten austauschen, das Burschenleben* in seiner Reinheit uns anschaulich zu machen suchen; und endlich dass wir unserem Volk zeigen wollen, was es von seiner Jugend zu erhoffen hat.»

Am Abend des 18. Oktober versammelten sich die Studenten zu jener Feierstunde auf dem Wartenberg, die denn auch für Metternich zum Anlass wurde, 1819 die Studentenschaften in Deutschland zu verbieten. Nach einer Rede des Studenten Ludwig Rödiger verbrannten die Burschen «Schriften des Feudalismus und Militarismus...»

Nie wieder Krieg zwischen Deutschen Staaten, hiess das Versprechen, welches die Studenten von Jena auf der Wartburg beschworen.

Was für Studenten würde ich heute antreffen in Jena an der «Friedrich Schiller Universität»? Am Nachmittag, in einer grossen Runde von Studenten, darunter auffallend viele Mädchen, antwortet man mir selbstsicher: «Das Wartburg-

Glatte Reisen zu Platten Preisen

SSR-REISEN 1977

Frühling-Sommer-Herbst-Katalog

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik



für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir weisen darauf auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkte».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einreichen an «das Konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).

Burma, Thailand (Chiang Mai), evtl. Indien, Hongkong, für 4 Wochen im März 1977, wenn's gelüftet mitfliegen, der wählte (021) 62 48 49, Louis Halner (31), En Champou 10, 1822 Chexes.

Wer hat auch vor, nach Nordafrika (Marokko, Tunesien usw.) oder evtl. Naher Osten (Türkei, Israel usw.) zu gehen? Ca. Mitte März-Mitte April, Andreas Scherrer, Zug-Mittelstr. 9, 8134 Adliswil, Tel. 710 57 80.

Wer fährt mit mir (20. Stdt) für drei Wochen, ab Mitte Juli, durch Nordeuropa und evtl. England? Trippertal nicht lastgelegt (verzoogene Inter-Rail), Markus Henny, Kollerstrasse 8, 5036 Oberentfelden.

Wir fahren mit unseren Zelten u. Motorrädern Mitte Juli Richtung Nordeuropa, sind aber erst zu dritt. Hast Du das Sozial Last mitreisen, so schreib an: Walter Weilenmann, Vorarlbergerstr. 56, 9491 Schaanwald FL.

Ich möchte im März gerne 3-4 Wochen in den Süden reisen. Wer kommt mit? Bevorzugt Land: Algerien. Bitte melden bei: U. Meuli, Mörsbergerstrasse 7, 4057 Basel, Tel. (061) 33 85 72.

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Mit dem SSR nach Vietnam

Im Zuge des Wiederaufbaus nach langen Kriegsjahren will sich das Vereinigte Vietnam auch wieder für Touristen öffnen. Der SSR wird ab Frühjahr 1977 Reisen ohne Teilnahmebeschränkung durch Nord- und Südvietsnam organisieren und unter anderem auch Schulen, Fabriken und landwirtschaftliche Genossenschaften besuchen. Adresse: Schweizerischer Studentenreisendienst (SSR), Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich.

Stipendienwesen in der Schweiz III

Diese Broschüre ist soeben in der VSS-Dokumentationsreihe erschienen. Sie enthält Erhebungen und Statistiken des Mitte 1976 und den Stand der Stipendengesetze bis WS 1976/77. Zu beziehen bei: VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

Er ist erschienen. Schickt ihn mir* zu.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

* Gilt nur für Nichtstudenten. Um Porto zu sparen, legen wir für Studenten und Schüler den Katalog an der Uni/Schule auf.

Coupon an: SSR-Verkauf, Postfach 3244, 8023 Zürich



Hans Strassenplaner Hürlimann auch Pläne für die Bildungswege?

Fortsetzung von Seite 5

chen und muss Sie in diesem Fall bitten, sich direkt an die zuständigen Instanzen dieses Kantons zu wenden.

Was die Chancen des Gesetzes anbetrifft, hoffe ich darauf, dass die eidgenössischen Räte die Bedeutung der Vor-

Bund und Kantone... sichern die Gleichbehandlung aller Schweizer, der Bürger des Fürstentums Liechtenstein, niedergelassenen Ausländer und Flüchtlinge bei der Zulassung zu den Hochschulen. (Entwurf HFFG, Art. 5, 2)

lage erkennen. Sie liegt nicht in erster Linie in der Bereitstellung vermehrter Mittel für die Hochschulen. Wesentlich am Gesetz ist vor allem, dass es ein zweckmässiges Instrumentarium schafft, damit Bund und Kantone gemeinsam in den kommenden 10 Jahren, die für die Hochschulen ausserordentlich schwierig sein werden, die Probleme im Interesse unserer Jugend und unseres Landes bewältigen können. Die Erfahrungen mit dem geltenden Gesetz haben sehr deutlich gezeigt, dass die heutige gesetzliche Basis für die Meisterung der bevorstehenden Aufgaben nicht ausreicht. Das Gesetz zeichnet nicht nur denjenigen, die sich um die Bereitstellung einer aus-

reichenden Zahl von Studienplätzen sorgen, Wege zur Erreichung dieses Zieles vor. Es trägt auch den berechtigten Begehren Rechnung, einen möglichst sparsamen und rationellen Einsatz der Mittel des Bundes und der Kantone sicherzustellen. Gleichzeitig sollen die hochschulpolitischen Organe auf eine weitgehende Koordination ihrer Anstrengungen verpflichtet werden. Die ersten Diskussionen in der erweiterten ständerrätlichen Kommission für Wissenschaft und Forschung haben gezeigt, dass die fundamentale Bedeutung dieser Vorlage für die Bewältigung der Schwierigkeiten in unserem höheren Bildungswesen erkannt wird.

BR Hürlimanns Fahrplan

Der VSS, die GHF (Gesellschaft für Hochschule und Forschung), aber auch die SP fordern seit längerer Zeit, dass prioritär die Bildungsartikel voranzutreiben seien.

Mit welcher Begründung zogen Sie die Schaffung eines neuen HFFG vor?

Die Ablehnung des ersten Anlaufes auf diesem Gebiet im Jahr 1973 hat deutlich gezeigt, dass die Ausarbeitung einer solchen Vorlage mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist, da die Meinungen über den Inhalt neuer Bildungsartikel

weit auseinandergehen. In einer Zeit, in der der Bund wegen seiner ungünstigen Finanzlage schon Schwierigkeiten hat, die bestehenden Kompetenzen auszu-schöpfen, wird es nicht leicht sein, vom Souverän zusätzliche Befugnisse zu erhalten, denn mit neuen Kompetenzen sind auch neue finanzielle Verpflichtungen verbunden. Wenn man entsprechend ihrer Vorstellungen zuerst die Bildungsartikel vorantreiben würde, bestünde die Gefahr, dass ein neues Hochschulbildungsgesetz erst in einem Zeitpunkt erlassen werden könnte, in dem es nicht mehr wesentlich zur Behebung der für die nächsten Jahre erwarteten Engpässe beitragen kann. Wie unsere Vorlage zeigt, kann auch mit der vorhandenen verfassungsrechtlichen Grundlage schon sehr viel realisiert werden, um den freien Zugang zu den Hochschulen in den kritischen nächsten 10 Jahren zu sichern.

Der Weg, den ich eingeschlagen habe, entspricht den politischen und finanziellen Realitäten in unserem Bundesstaat. Das Risiko, dass wir in einigen Jahren nicht weiter sind als heute, scheitert mir bei einer Forcierung neuer Bildungsartikel viel zu gross zu sein.

Ich hoffe, dass Sie in Anbetracht der neuesten Entwicklungen in der Einstellung der Öffentlichkeit diese Auffassung mit mir teilen können und dass sich der VSS deshalb ebenfalls mit allem Nachdruck nun zu den für die Erreichung des Zieles, nämlich des neuen HFFG, einsetzt. Die Vorbereitungen für neue Bildungsartikel sind angelaufen und werden nach Möglichkeit vorangetrieben. Wenn einmal neue Bildungsartikel dem Bund vermehrte Möglichkeiten im Hochschulbereich geben, werden wir uns darum bemühen, durch eine Anpassung der Gesetzgebung die zusätzlichen Kompetenzen im Interesse unseres Hochschulwesens und des Landes zu setzen. Mit der von mir gewählten Reihenfolge im Ausbau der gesetzlichen Instrumente wird realistisch gesehen in keiner Weise die Entwicklung unserer Hochschulpolitik verzögert. Die Pragmatik in der nationalen Hochschulpolitik ist ein Gebot der Stunde.

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?

Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

devo

Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödi str. 48, Tel. 25 73 12

Wer gibt Ihnen kostenlos
bibliographische Auskünfte
und sucht Ihnen Titel her-
aus?

Natürlich Ihr

Buchhändler

Moral ist die Sache jedes einzelnen. Bei Kontaktinseraten üben wir keine Zensur aus. Unsere Leser sind schliesslich erwachsen...

SSS studenten-schreib-service

Dissertationen Lic- und Sem.-Arbeiten

- vorschreibungsmässige und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26
8006 Zürich



Ein Sprachkurs, der sich lohnt:
**OXFORD INTENSIVE
SCHOOL OF ENGLISH**

Auskunft durch:
O.I.S.E., 12A High St., Oxford, G.B.
Tel. 47272, Telex 837655

Kopenhagen Alternativ-City-Tour

16.-24. April 77, 1 Woche 385 Fr.

Nicht die kleine Meerjungfrau interessiert, sondern die Freistadt Christiania, das autonome Jugendzentrum, ein noch lebendes Stadtbild usw.

Unterlagen: Hambitzgl-Tours,
Bankstr. 26, 8610 Uster.

1977 in die USA

im Sommer als:

Camp Counselor

Frühling bis Herbst als Teilnehmer an originellen

Hospitality Tours

Für Töchter das ganze Jahr: 2-4 Monate als Gast in amerikanischen Familien.

Auskunft durch:

International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27



COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41, 8001 Zürich
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER
(xerographisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	mit LEGI		20 Rappen/Stck.
	1seitig	2seitig	15 Rappen/Stck.
30 Ex.	4.50	9.—	
50 Ex.	5.50	10.50	
100 Ex.	7.50	14.50	
200 Ex.	15.—	28.—	
300 Ex.	21.—	38.—	
350 Ex.	23.—	42.—	
400 Ex.	25.50	44.50	
500 Ex.	28.—	52.—	
1000 Ex.	40.—	73.—	

ÖFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30
SA 10.00-13.00

Ibico-Spiralbindung
pro Buch 2.50-4.50



Semesterarbeiten
Dissertationen
Doktorarbeiten

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage

alles drucken wir
zu äusserst günstigen Preisen
ab reprofertigen Vorlagen

Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

CopyQuick

Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder
Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/276 636

Kontaktinse-
rate in "das
konzept" sind
sehr
preisgünstig
und
erreichen
ca. 40 000
kontaktfreudige
junge Leser.

Organikum

Organisch-chemisches Grundpraktikum

15., überarbeitete Auflage
880 Seiten, Leinen, mit 123 Abbildungen und 154 Tafeln,
51.50 Fr. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR)

Vorwort zur 15. Auflage

Die vorliegende Auflage des «Organikums» wurde wiederum in einzelnen Teilen überarbeitet und ergänzt. An die überarbeiteten Abschnitte über Spektroskopie schliessen sich jetzt Hinweise zum methodischen Vorgehen bei der Strukturaufklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Das Kapitel «Additionen» erhielt eine neue Gliederung; die Abschnitte «Cycloadditionen» und «Metallkomplektisierte Reaktionen» sind ergänzt bzw. neu aufgenommen. In das Kapitel «Identifizierung organischer Substanzen» wurde ein Ablaufplan eingefügt.

Selbstverständlich haben wir wiederum Vorschriften überprüft und präzisiert, den Text an vielen Stellen gestrafft und die Literaturhinweise auf den neuesten Stand gebracht. Die gute Resonanz, die das Buch im In- und Ausland gefunden hat, äusserte sich auch diesmal in vielen wertvollen Hinweisen von Fachkollegen, die weitgehend bei der Überarbeitung berücksichtigt wurden.

Zu beziehen: durch Ihre Buchhandlung!

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb,
8004 Zürich, Cramerstr. 2/Ecke Zweierstrasse,
Tel. (01) 39 85 12 + 39 86 11.

Nina's Jazz + Blues

Plattenladen an der
Universitätstr. 116
in Zürich. Tel. 28 86 00

Offen von 10.00 bis 18.30
Montags geschlossen

Ihre DISSERTATION schreibt und
druckt zu vernünftigen Preisen



Ruedi Gysin AG, Haus der Reproduktion
Im esener Str. 31, 8057 Zürich, Telefon 01/80 16 66
Filiale 8050 Zürich-Deikon:
Hugstrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Ein Vergleich lohnt sich bestimmt. Wir gewähren für Studenten und an Hochschulen sowie Universitäten tätigen Angestellten

bis 30% Rabatt
auf hochpräzise

Mikroskope

für Studien-, Labor- und Forschungszwecke. Mit Garantie und Service, Einmalige Gelegenheit!

Verlangen Sie unsere Unterlagen oder überzeugen Sie sich von unseren Mustergeräten.

marimex ag, magnolienstr. 3, 8008 zürich.
01-34 39 22 Hr. Albisser od. Hr. Sutter.

Ein Theaterstück zum Nestlé-Prozess

Ohrfeige für die Schweizer Wirtschaft

Woran denken Sie beim Wort dritte Welt? – Diese Frage stellt ein Schauspielkollektiv, genannt «claque», mittels Tonbandgerät dem Publikum. Diese Frage hat die «claque» auch sich selber gestellt, und ihre Antwort darauf ist das neue Theaterstück «Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen», welches am 22./23. Febr. in Zürich in der unteren Mensa zu sehen ist und bis Mai in der ganzen Schweiz gezeigt wird (vgl. den Kasten mit Spieldaten).

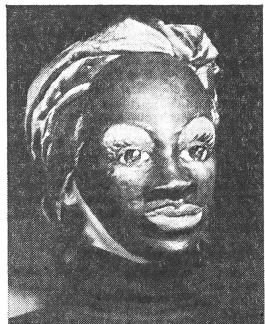
Schwarze arbeiten. Steine werden geschüttelt, sortiert und geklopft, mit einem Stück Holz werden Körner zermalm, Büchsen aufeinandergestellt. Der natürliche Rhythmus der Eingeborenarbeit wird lauter, wirkt mitreisend. Plötzlich spricht eine Stimme, deutlich vernnehmbar aus der arbeitenden Masse: «Der Weisse hat meinen Vater getötet, mein Vater war stolz.» Der Arbeitsrhythmus stockt – eindrückliche Stille herrscht für einige Sekunden. Mit langsamen Bewegungen nimmt ein Weisser eine kleine schwarze Gummipuppe vom Tisch – ein aufschreckender Schuss hält durch die Stille und verknüpft.

Langsam und schwer beginnt die Arbeit wieder, dann wird der trommelartige Rhythmus lauter, gewinnt seine frühere Stärke. Die Stimme aus der Masse durchdringt den transeartigen Arbeitsrhythmus: «Der Weisse hat meine Mutter geschändet, meine Mutter war schön.» Sekundenlanges eindrückliches Schweigen – ein gellender Schrei – eine schwarze Puppe wird entzweigissen – Stille.

Langsamer, noch schwerer Wiederbeginn der Arbeit. Stimme: «Der Weisse hat meinen Bruder unter die Sonne der Strassen gekümmelt, mein Bruder war stark.» Stille – eine schwarze Puppe wird mit starker Hand zerdrückt – Stille – erschöpfte Wiederaufnahme der Arbeit – Stimme: «Der Weisse hat seine geröteten Hände, gerötet vom schwarzen Blut, mir zugewandt.» – Stille.

Zwei Schauspieler ziehen sich Masken über, eine weisse und eine schwarze. Die weisse Maske spricht mit sanfter Herrenstimme: «Hei! Boy! Einen Knaben, ein Handtuch und Wasser!» Der Schwarze steht mit seiner neu zugeordneten Arbeit gebückt vor den ausgebreiteten Armen des Weissen.

Dies ist eine Szene aus dem Stück «Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen».



Seine Premiere fand am 12. 1. 77 im Kornhaus Theater in Baden statt.

Wir und die dritte Welt

Die «claque» (frz.: «Ohrfeige»), eine der vitalsten jungen Theatertruppen der Schweiz, bringt mit diesem Stück ein aktuelles gesellschaftliches Thema auf die Bühne. Anhand von dokumentarischem Material, vom Ensemble in Zu-

sammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Dritte Welt (AG3W) montiert, entstand diese neuartige Produktion, angelegt durch den Nestlé-Prozess. Vorgelegt wird ein szenischer Bilderbogen zum Thema «Wir und die dritte Welt».

In kurz aufeinanderfolgenden Sequenzen entstehen Bilder, die einen dichten Gesamteindruck hinterlassen. Gespielt wird nur in Andeutungen, die Schauspieler wechseln mit jeder Kurzszene ihre Rolle, ihre auch hier nur andeutungsweise benutzte Kleidung. Alle zur Verfügung stehenden theatralischen Mittel werden verwendet: Sprache, Rhythmen, Geräte, Gesten, Masken, Puppen und Musik. Der Zuschauer fühlt sich denn auch bewegt, betroffen, provoziert – kurz: emotional angesprochen. Die Szenenbilder sind sehr einfach gehalten. Ein Tisch in der Mitte mit schwarzen Gummipuppen fällt auf.

Masken werden benutzt, als Symbole für Vertreter bestimmter Schichten. Ihre Startheit untermauert den Repräsentationscharakter. Schwarze Puppen, als Stilisierung, werden verwendet, weil Schwarze weissen wohl kaum ehrlich dargestellt werden können. Dies erklärt auch den Titel: «Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen».

Gedichte von Schwarzen werden rezipiert. Sie sind voller Poesie und Anklage – das einzig übrigbleibende Zeugnis einer einheimischen Kultur, welche durch die einbrechende westliche Zivilisation erdrückt wird. Ihr Kontrast zu einer verkümmerten Welt von Poesie,

die nur noch aus Werbeslogans besteht, wird deutlich.

Mit dem Stück werden drei Themenbereiche dargestellt:

- der Kolonialismus und seine Zerstörung einheimischer Traditionen und Strukturen.
- die westliche Wirtschaft, ihr Eroberungsfeldzug und ihre Verkaufsstrategien in der dritten Welt
- afrikanische Problemlösungsmodelle, wie der Weg der «mittleren Technik» und der Sozialismus.

Keine trockene Dokumentation

Aber dieses Stück ist kein trockener Dokumentationsversuch, es ist dem Zuschauer nahegebracht, echtes Theater, informativ, zuweilen auch heiter. Das Publikum kann auch lachen, nämlich da,

Bilder: Szenen aus «Gebt mir wieder meine schwarzen Puppen»



Gedanken zu einem Theaterabend über die dritte Welt

«Gebt mir meine schwarzen Puppen zurück»

Mit der Produktion «Gebt mir meine schwarzen Puppen zurück» der Claque, des städtischen Kleintheaters im Kornhaus Baden, wird der Problembereich Industrie-/Entwicklungsland allgemein verständlich auf der Bühne dargestellt. Die Frage der Babyernährung in der dritten Welt ist deutlich in den grossen Zusammenhang gestellt: Ein Verwaltungsratsvorsitzender erläutert in kalten, unpersönlichen Worten die Geschäftspolitik seines Konzerns; eine ehemalige Missionsschwester berichtet von ihrer Arbeit auf der Kinderabteilung einer Krankenstation und von ihrer Verzweiflung, als

sie sehen musste, wie ihre Hilfe durch die Interessen und Handlungen der Mächtigen immer wieder zunichte gemacht wurde; ein afrikanischer Arzt erläutert in sachlich ruhiger, aber doch engagierter Art seine Position, die Position einer Medizin, die für alle etwas und nicht für wenige den Stand westlicher Medizin bringen will; in improvisierten Gesprächen zwischen zwei schweizerischen Kleinbürgern wird der schlechte Informationsstand und die Orientierungslosigkeit gegenüber den Problemen und Missständen in der dritten Welt aufgezeigt.

Mead Johnson, eines wichtigen Säuglingsnahrungsmittelproduzenten, falsch informiert hat. Koordiniert wird die Prozessführung durch das ICCR (Interfaith Centre for Corporate Responsibility), ein ökumenisches Institut des National Council of Churches, in dem fast alle Kirchen der USA vertreten sind.

Weitere wichtige Folgen der jetzt weltweit in Gang gekommenen Diskussion über das Problem Babyernährung in der dritten Welt sind folgende Tatsachen:

• In Guinea-Bissau ist der Verkauf von Muttermilchersatzprodukten und Saugflaschen rezeptpflichtig erklärt worden.

• In Schweden wurde die Werbung für Muttermilchersatzprodukte gesetzlich eingeschränkt.

• In Malaysia wurde unter der Leitung des Premierministeramtes eine Informations- und Propagandakampagne für das Stillen durchgeführt.

• In Algerien ist der Handel mit Muttermilchersatzprodukten unter staatliche Kontrolle gestellt worden.

• In Holland will das Entwicklungshilfeministerium seine bisherige Politik der Milchhilfeleistungen einer kritischen Prüfung unterziehen.

Die hier aufgeführten Beispiele zeigen deutlich, dass mit dem Abschluss des Nestlé-Prozesses zwar ein juristischer Schussstrich gezogen worden ist, dass die angefangene Diskussion aber weitergeht und wahrscheinlich so schnell kein Ende nehmen wird. An der erwähnten Tagung jedenfalls wurde beschlossen, regelmässig Leute in die dritte Welt zu schicken, um an Ort und Stelle Material zum Thema zu sammeln und so verfolgen zu können, ob und wenn ja wie die Nahrungsmittelkonzerne ihre Werbepraktiken ändern.

Die multinationalen Konzerne:

Multinationale Konzerne sind durch drei Faktoren charakterisiert: 1. Sie sind multinational, d. h. sie haben, ihre Produktionsstätten auf mehrere, oft sogar viele Länder verteilt. Diese Organisationsweise erlaubt es ihnen, immer dort hauptsächlich zu produzieren, wo im Moment einerseits die Produktionskosten – gemeint sind vor allem die Löhne – am kleinsten und andererseits die politischen Verhältnisse am stabilsten sind. Aber nicht nur die Produktion, sondern auch der Verkauf kann so in vielen Ländern erfolgen. Nestlé, das sich selbst als multinationalster Konzern

wo es sich selbst getroffen fühlt. So zum Beispiel bei einer steif gehaltenen Rede eines Verwaltungsrates, der seinen Mitarbeitern den Dank für ihre Mühe zum Abschluss eines gewinnträchtigen Geschäftsjahres aussprechen möchte und dazu noch meint: «Nur noch die wichtigsten Kaderleute in den unterentwickelten Ländern sind Europäer.»

Oder auch beim Gespräch zweier Arbeiter, in welchem der eine sagt: «Chasch doch nöd äner grosse Fabrik säge, sie söllde chineri Turbine abbringen.»

Theater erhält auf diese Weise wieder eine Funktion. Ziel der Schauspielertruppe ist es, nicht menschliche Einzelgeschicksale, sondern Verhältnisse transparent darzustellen. Der Held des Stückes ist nicht der Schauspieler, sondern die Sache. Nicht die Theateraufführung steht zur Diskussion, sondern unsere gesellschaftliche Wirklichkeit. Dieses Ziel wird denn auch erreicht. In offener Atmosphäre kommt der Zuschauer, bei Kaffee oder Wein, nach der Aufführung in der Diskussion, die ein integraler Bestandteil des Abends ist, zu Wort.

Doris Wernli

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Krise – Zufall oder Kapitalismus?

Dieses Buch versucht diejenigen Problembereiche anzugehen, die für das Verständnis der aktuellen Wirtschaftskrise unerlässlich sind. Nach einer kurzen Darstellung des Krisenverlaufs und der wichtigsten Auswirkungen kritisieren die Autoren bürgerliche und revisionistische Konjunkturvorstellungen und führen ein in die marxistische Krisentheorie. Aus dieser Sicht analysieren sie die Nachkriegsentwicklung bis zur Krise 1974/75 und diskutieren die Konsequenzen, die sich daraus für die Politik der Arbeiterbewegung ergeben.

Das Buch, das im Zusammenhang mit einem Kurs in der Arbeiterunion Meilen entstanden ist, soll in erster Linie verstanden werden als Diskussionsbeitrag und Standortbestimmung in der Gewerkschaften und den Parteien der Arbeiterbewegung.

Das im Linnmarverlag, in der Reihe «Rote Welles», herausgegebene Dokument zur aktuellen Wirtschaftskrise in der Schweiz ist in den einschlägigen Buchhandlungen zu beziehen für 15 Fr.

Kaiseraugst

«Wiederschen in Kaiseraugst» heisst die jüngste Publikation des Poch-Verlages. Auch mehr als ein Jahr nach der Besetzung des A-Werk-Baugeländes hat das energiewirtschaftliche Problem nichts von seiner Aktualität eingebüsst. Das Autorenkollektiv versucht, die Kaiseraugst Volksbewegung und ihre verschiedenen Gruppen zu analysieren, und zeigt die Verflechtungen in der schweizerischen Energiewirtschaft auf. Preis: 4.50 Fr., Bezug über Poch-Verlag, Postfach 539, 8026 Zürich.

fen. Natürlich können die kirchlichen Institutionen ausser bei ihren eigenen Projekten nicht von Kritik in die Entscheidungsprozesse eingreifen. Sie bemühen sich aber immer wieder um eine gute Öffentlichkeitsarbeit – vor allem die von Brot für Brüder und Fastenopfer jährlich gemeinsam herausgegebene Agenda, die praktisch in jeden Haushalt kommt, enthält viel Beiträge. Aber auch Kirchgemeinden bemühen sich, oft auf Initiative entwicklungspolitisch engagierter Gruppen am Ort, durch Diskussionsabende, Filme und andere Aktionen um ein wachsendes Bewusstsein in der Bevölkerung.

Medizin und dritte Welt

Über die meisten Formen von Entwicklungszusammenarbeit ist in letzter Zeit eine kritische Diskussion in Gang gekommen; einzig um die Fragen der Gesundheitspolitik ist es auch in entwicklungspolitisch engagierten Kreisen bis jetzt mehr oder weniger still geblieben. Ein Bewusstseinsprozess auf diesem Gebiet ist aber dringend nötig, denn neben den Nahrungsmittelkonzernen haben auch die chemischen Industrien die Entwicklungsländer entdeckt.

Aber nicht nur die chemische Industrie, sondern auch die ganze westliche Medizin mit allen ihren meist stark überzahlten Instrumenten und Geräten soll exportiert werden. Das moderne, von der Schweiz stark unterstützte Duke-of-Horror-Hospital in Addis Abeba ist dafür ein Beispiel. Indem wir Zentren schaffen, wo Medizin betrieben wird, die unserer westlichen vergleichbar ist, bringen wir für wenige ein optimales Gesundheitssystem; den vielen Menschen auf dem Land, für die Infektionskrankheiten und Unterernährung immer noch die häufigsten Krankheiten und Todesursachen sind, ist damit aber nicht geholfen. «Therapie ist immer Versagen von Prävention», hat mir ein Arzt aus einem Entwicklungsland einmal gesagt, und Prävention (Vorsorge) heisst hier vor allem Gesundheitsförderung – Hygiene und Ernährungslehre – und Impfaktionen.

Was wissen wir von der dritten Welt?

Wie schlecht der Informationsstand ist, hat die Abstimmung über den IDA-Kredit deutlich gezeigt, denn wir müssen ja ganz klar sehen, dass damals die meisten Nein-Stimmen aus dem rechten Lager kamen, also von denen, die gegen eine Politik der Solidarität und nicht gegen die Unterentwicklungspolitik der Weltbank sprachen.

Öffentlichkeitsarbeit über die grossen Zusammenhänge entwicklungspolitisch Probleme ist also dringender nötig. Dabei müssen wir so bald wie möglich neue Wege der Vermittlung suchen. Ich glaube nämlich, dass der Kreis entwicklungspolitisch sensibilisierter nur vergrössert werden kann, wenn die Vermittlung unserer Informationen für den Zuschauer zu einem echten Erlebnis wird.

Gerold Roth

Spieldaten von «Gebt sie mir wieder, meine schwarzen Puppen»

Februar:	
Fribourg	Theater am Stalden 3. 2. 77
Bern	Gaskessel 4./5. 2. 77
Zürich*	Theater am Neumarkt 12./13. 2. Untere Mensa 22./23. 2. 77
März:	
Bremgarten	Kellertheater 4./5. 3. 77
Aarau	Innerstadtbühne 10./11./12. 3. 77 17./18./19. 3. 77 24./25./26. 3. 77 31. 3./1. 4./2. 4. 77
Brig	Oberwalliser Kellertheater 22. 3. 77
Lenzburg	Volkschule 29. 3. 77
Mai:	
Zofingen	Kleine Bühne 3. 5. 77

* Gemeinsame Veranstaltungen der Kulturstellen bei Studentenschaften und des Theaters am Neumarkt.

Eine Hochschule Innerschweiz

Potemkinsche Dörfer an der Reuss?

Seit dem Spätherbst 1976 pfeifen es auch die Meldungen und Kommentare aus dem schweizerischen Blätterwald: In der Hochschulpolitik muss etwas geschehen. Sonst ist die Aussperrung von Studienwilligen (und durch die Matur-berechtigten) von einer akademischen Ausbildung in bestimmten Fächern in Zukunft, vermutlich schon 1977, unvermeidbar. Das Projekt Aarau – lange Zeit Hoffnungspunkt einer weiter blickenden universitären Planung – hat sich zur gleichen Zeit im Sperrfeuer der Bürgerlichen als ungelöste Zukunftsvorstellung aufgelöst. Der Kanton St. Gallen hat erklärt, er könne die als erste Notmassnahme notwendigen 70 Klinikplätze nicht schaffen. In diese desolante Situation, dieses Hoffnungsloch, trifft Ende Jahr 76 die Nachricht: Nun kommt die Hochschule Luzern. Der folgende Artikel untersucht, was es mit diesem neuen Silberstreif am Horizont auf sich hat.

Seit 15 (in Worten: fünfzehn) Jahren gibt es das Projekt einer Innerschweizer Hochschule in Luzern. 1974 schliesslich war es soweit, schien es soweit zu sein: Die Regierung des Kantons Luzern konnte dem Parlament einen fertigen Plan vorlegen. Inzwischen aber waren Bildung und Hochschulausbau nicht mehr so «gefragt» wie in den 60er Jahren; die Regierung zog die Vorlage zurück. Am 17. März 1975 beauftragte der Grosse Rat die Exekutive, die Vorarbeiten zur Gründung einer Universität immerhin auf Sparflamme fortzuführen und innert zwei Jahren Bericht zu erstatten. Ende März nun wird der Regierungsrat dem Parlament eine entsprechende Botschaft mit Gesetzentwurf vorlegen. Ist damit der Weg zur Grundsteinlegung im Nordwesten der Leuchtenstadt frei?

Wie in Aarau?

Die bisherige lange Geschichte des Planungsphantoms Universität Innerschweiz macht skeptisch: 1974 war eine Hochschule vorgesehen, deren Schwerpunkte Ökologie/Umweltwissenschaften, Lehrerbildung und Sozialbeziehungen sein sollten. Wie in Aarau die Bildungswissenschaften, wurde in der Innerschweiz der Themenkreis Ökologie/Umweltwissenschaft zum Stein des Anstosses. Und prompt will die Regierung jetzt darauf verzichten (Bericht vom 10. 12. 76). Nach ihrem neuen Willen sollen in Luzern naturwissenschaftliche, sprachlich-historische sowie rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Lehrstühle ihren Platz haben. Die politisch bekämpften Fachbereiche – warum und von wem sie angefochten werden, braucht kaum ausgeführt zu werden – werden also fallengelassen, übrigen mit dem realpolitischen Segen des Schweizerischen Wissenschaftsrats (SWR) vom 30. 11. 76. Am Beispiel Luzern verstärkt sich damit der Verdacht, dass die schweizerische Bildungspolitik auf der Suche nach einem Weg aus der NC-Sackgasse in eine neue Sackgasse läuft.

Auf die Vermeidung von Zulassungsschranken starrt, ist sie hier und für die zukunftsorientierte notwendige Erweiterung und Schwerpunktverlagerung in höherer Bildung und Forschung. Die positiven Gutachten des SWR und der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) zum neuen Luzerner Projekt bestätigen, dass die quantitative (der Studienplätze) den Vorrang vor qualitativen Veränderungen hat. Dies ist unter dem NC-Derivat verständlich, zeigt aber auch, wie gross das Dilemma der hiesigen Bildungspolitik ist und dass für Reformen (Fächerangebot und Studienstruktur) die Annahme von «Rationalisierungsmassnahmen» in den nächsten acht Jahren des «Studentenberges» kaum die geringste Chance bestehen dürfte. 1984 aber wird vermutlich der Zug schon abgefahren sein, die universitäre Forschung wird hinter privatwirtschaftlich profitierender Forschung und Ausbildung hinterherlaufen müssen: Von einem Nachholbedarf in den anderen also.

Wer zahlt, was nützt's?

Ein zweites Bedenken: Die Innerschweizer Trägerkonferenz (SWR, Ob- und Nidwalden, Zug und Luzern) erwarten vom Bund massive finanzielle Unterstützung. Der SWR spricht in seiner Antwort auf die Luzerner Anfrage gar von einer 70prozentigen Beteiligung des Bundes – einem Anteil, der aus Bern kaum zu erwarten sein dürfte.

Zum dritten: Wenn die Luzerner Universität eine Entlastung während der schwierigsten Engpassphase an den Hochschulen (1982 bis 1985) bringen soll, muss sie 1980 bezugsbereit sein. Das bedeutet, dass spätestens Ende dieses Jahres mit der Aufbauphase begonnen werden müsste. Angesichts der Aarauer Erfahrungen muss bezweifelt werden, ob dies eine realistische Hoffnung ist. Noch zu gut ist zudem die Ausserung von Bundesrat Hürtimann im Ohr, der am 20. 11. 76 in Zürich meinte, von Neugründungen sei keine Rede. Das NC heute nichts mehr zu erwarten.

Dies alles spricht nicht gegen eine sofortige Ingriffnahme der Luzerner Hochschule. Dies ist auch kein Schuss in den Rücken der eifrigen Innerschweizer Bildungslobby, die mit der positiven Gutachten von SWR und SHK in der Hand, geschickte Öffentlichkeitsarbeit für «ihre» Hochschule macht. Denn es steht fest: die Schweiz braucht als Ganzes und insbesondere unter dem föderalistischen Gesichtspunkt diese Universität. (Während gesamt-schweizerische Maturandenzahlen im Mittel um 33 bis

35 Prozent ansteigen werden, rechnet man in der Innerschweiz mit einem Prozentsatz von 61 Prozent.)

Aarau, Luzern und noch viel mehr

Vor falschen Hoffnungen aber sei gewarnt. Zudem müssen gerade diejenigen, die heute die Hochschule in Luzern bekämpfen und gutes Wetter für Luzern machen wollen, sich vor Augen halten, dass sie damit auch den Beifall von der falschen Seite heraufbeschwören: den Applaus jener, die Neuerungen im Bildungswesen – aus ganz bestimmten Gründen – fürchten wie der Teufel das Weihwasser, das Hurra derer, die Aarau praktisch abgewürgt haben (bürgerliche Zweiteilung der Vorlage in Medizin und Bildungswissenschaften), nun aber nicht die Verantwortung dafür tragen wollen: Das, was günstig für die Luzerner Pläne ist, nämlich der Schock

von Aarau, die NC-Furcht und das Erschrecken über St. Gallen, das sich ganz schlicht weigert, die fürs erste notwendigen 70 Klinikplätze zur Verfügung zu stellen, macht eine Werbung für Luzern gleichzeitig zu einer zweischneidigen Sache: Werden hier nicht Hoffnungsfasern in der Art Potemkinscher Dörfer aufgebaut, die vorseigeln, nun habe man die bildungspolitischen Probleme im Griff – eine Illusion, die gerade denjenigen gefällt, die gegen universitäre Ausbildung aus ständepolitischen Gründen Front machen?

Das Fazit: Je schneller die Innerschweizer Universität mit ihren 2000 bis 3000 Studienplätzen kommt, desto besser. Nur: machen wir uns nichts vor: Mit dem, was frühestens in den 80er Jahren in Luzern steht, ist es nicht getan: Die Schweiz braucht im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung, jene Fachbereiche Ökologie/Umweltwissenschaft und Bildungswissenschaften, die in Luzern und Aarau abgeklammert werden sollen, sie braucht, entgegen den Interessen der privatwirtschaftlichen Lobby, noch weitere neue Forschungsausbildungsmöglichkeiten. Sie braucht bis 1985 rund 20 000 neue Studienplätze. Sie braucht qualitative Reformen im höheren Bildungswesen – aber nicht nur dort. Alle diese Anforderungen erfüllt Luzern nicht. Wenn daher die Luzerner Universität als Pfister auf klaffende Wunde schweizerischer Bildungspolitik geklebt werden soll, so schwärzt und eitert die Wunde darunter weiter. Entgegen euphorisch stimmenden Meldungen ist Luzern nicht die grosse Rettung, sondern ein notwendiger Zusatz.

B. Dietrich



Eine Lanze für Walther Kauer brechen

Walther-Kauer-Interview – «das Konzept» Nr. 12/1976 – und Reaktionen darauf – «das Konzept» Nr. 1/1977

Da wird nun in zwei «konzept»-Nummern des langen und des breiten über Walther Kauer berichtet. Das an und für sich lobliche Unterfangen – einen der wichtigsten zeitgenössischen Schweizer Schriftsteller noch stärker ins Gespräch zu bringen – ist m.E. ziemlich kläglich gescheitert. Was bleibt, ist ein ziemlich lädiertes Image eines Schriftstellers, dessen literarisches Schaffen weiss Gott Besseres verdient hat.

Vorausgeschickt möchte ich, dass ich im Gegensatz zu den Leuten, die sich bis jetzt im «konzept» zu ihm geäußert haben, Walther Kauer (leider) nicht persönlich kenne. Aber ich habe seine Bücher «Schachteltraum» und «Spätholz» gelesen, die einen tiefen Eindruck und eine Begeisterung bei mir hinterlassen haben. So ist Kauer für mich in erster Linie Schriftsteller und als solcher ein «Künstler» (ich verwende bewusst diesen fragwürdigen Ausdruck, trotz seiner schillernden und problematischen Vielfalt). Und gerade diese doch so zentrale Tatsache ist in den Beiträgen über Kauer praktisch völlig ausser acht gelassen worden. Zwei Beispiele mögen dies illustrieren.

Da ist einmal der Gegensatz «Medienschaffende» – «Schriftsteller». Gewiss ist dieser Gegensatz kein absoluter, er hat gewisse beiden Gattungen zu viel Gemeinsames, aber er ist trotzdem vorhanden. Wie anders könnten sonst R. Kung und L. Suter darüber erstaunt sein, dass für Kauer der Inhalt die Hauptsache eines kulturellen Produkts ist. Das mag für Medienschaffende verständlich sein, ist aber für einen Künstler eine Selbstverständlichkeit und erste Voraussetzung für seine Arbeit.

Weiter tauchte verschiedene Male – offen und versteckt – der Vorwurf an Kauer Adresse auf, er sei überheblich und egozentrisch. Dieser Vorwurf mag sogar zutreffen. Aber wurde da miteingeflektet, was es heisst, Künstler zu sein? Was es für einen Glauben an sich selbst braucht, bis man überzeugt davon ist, dass man eine Sache inhaltlich und formal so darstellen kann, damit man «der Welt» auch das mitteln kann, was man möchte?

Dazu kommt bei Kauer noch, dass er aus dem Arbeitermilieu stammt, wo Selbstwertgefühl und Ichstärke bekanntlich nicht sehr verbreitet sind. Er musste sich erst einmal als Mensch, dann als Künstler durchsetzen. Was Wunder, wenn das seine Spuren hinterlässt?

Spätestens hier höre ich den Vorwurf, dass ein bürgerliches Künstlerideal habe, dass sich Personenkult betreibt; Werk und Künstler könnten nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Ich bin nun aber der Überzeugung, dass diese Einwände gegen die «konzept»-Artikel erhoben werden müssten. Es gibt wohl kaum einen Ort, wo mehr Personenkult getrieben wird als in einem Interview, dieser Kreation des bürgerlichen Journalismus. Und weshalb ist in diesen beiden «konzept»-Nummern so viel von der Person Kauer die Rede und fast nichts von seinen

Büchern? Und wieso ist das Wort «Künstler» nirgends zu finden, obschon es immer Werk und Person zugleich umfasst?

Nein, ich glaube nicht, dass aufgrund der Polemik um die Person Kauer sich jemand besonders angesprochen fühlte, sich auch dem Werk Kauer zuzuwenden. Und dies wiederum ist ein Zeichen, dass das, was Kauer mit seinen Büchern und Theaterstücken zu sagen hat, ungleich viel wichtiger als seine Ansichten über z. B. alternative Medienpolitik.

Nochmals zurück zum Gegensatz «Medienschaffende» – «Schriftsteller». Für die erste Gruppe steht die Frage im Vordergrund, ob Kauer von den Arbeitern gelesen wird, für einen Schriftsteller hingegen geht es in erster Linie darum, für wen er schreibt. Der marxistische Kunstwissenschaftler Konrad Farnert hat dafür den Begriff der «Dienbarkeit» gebraucht. Damit sagte er, dass sich die Kunst immer in den Dienst von Macht stellt und diese unterstützt. Und hier bezieht nun Kauer eindeutig Stellung. Er schreibt weder für Kapitalisten noch für die Bildungsbürgertum noch für die Linksideologischen (was aber nicht ausschliesst, dass Vertreter dieser Gruppierungen Kauer's Bücher lesen und davon begeistert sind).

Er schreibt für jene, für die das Leben ein steter Kampf ist, denen nichts geschenkt wird. Kauer schreibt nicht für die herrschende Klasse, sondern für die kommende. Sicherlich ist Kauer zur Zeit nicht von den Arbeitern gelesen, dazu ist der Schweizer Arbeiter zu sehr Kleinbürger. Aber ganz bestimmt wird er vom fortschrittlichen Teil dieser Arbeiterschaft gelesen.

Mir wurde zum Beispiel Kauer's «Schachteltraum» nicht von einem Linksideologischen zur Lektüre emp-

fohlen, sondern von jemandem, der «nur» Realschule und Berufslehre abgeschlossen hat. Aber auch der Erfolg, den Kauer's Stück «Senioretium» bei den Betagten hat, zeigt, dass er wirklich die meiste, für die er schreibt.

Zum Schluss bleibt mir noch übrig, alle Leser des «konzept» aufzufordern, doch einmal Walther Kauer's Bücher zu lesen, sich daran zu freuen und sich etwas dabei zu denken. Davon sollte man sich auch nicht abbringen lassen, wenn man hört, dass «Spätholz» eigentlich «und» ein Heistroman ist. Denn gegen einen gutschweizerischen Sozialismus gibt es ja nichts einzuwenden, oder?

Das Interview – Methode des bürgerlichen Journalismus

Das Interview ist kein Gespräch, das es nur in einer Richtung abläuft. Hier Fragender, dort Befragter. Ein Interview ist wie so manches im bürgerlichen Leben auf Eindimensionalität reduziert. Dahinter steht der naive Glaube, dass Meinungen und Ansichten frei flussfähig verpackt und schön geordnet im Gehirn des Befragten eingereiht seien. Bei Bedarf genügt ein Griff in die richtige Schublade, und Meinung XY könne hervorgeklaubt werden.

Die Form des Interviews hat etwas Faszinierendes. Auf jeden Fall haben sich die Sozialwissenschaftler darauf gestürzt und es in standardisierter Form zur wissenschaftlichen Methode erhoben und das Ganze als «Meinungsforschung» propagiert. Seit längerer Zeit aber ist auf der wissenschaftlichen Ebene das Interview unter Beschuss geraten. Zu offensichtlich sind seine Mängel, zu dürrig die Resultate und zu problematisch der Objektivitätsanspruch.

Es ist aber doch recht erstaunlich, dass diese Kritik nicht auch auf das Interview als journalistische Methode ausgeht. In der Tat, das Interview ist in fortschrittlichen und alternativen Presseerzeugnissen – frischfrohlich weiter «geinterviewt» wird. Ein Interview kann zwar durchaus auch heute noch sinnvoll sein, z. B. wenn es um Information geht (obwohl dann das Interview nicht eine notwendige Methode ist). Nützlich auch dann, wenn der Befragte davon überzeugt ist, dass man die Welt in einfache Meinungen einpacken und im Gehirn schubladiesieren könne. Einen solchen Interviewpartner kann man dann schön in Widersprüche verwickeln, kann die Fragwürdigkeit seines Weltbilds aufzeigen (vgl. Honegger-Interview von Schweingruber und Meinberg in «konzept» Nr. 9 und 10/75).

Werden aber Leute befragt, deren Weltbild nicht abgeschossen und katalogisiert ist, dann ist ein Interview eine nicht als fragliche Methode. An seine Stelle müsste ein Gespräch treten, in dem Begriffe und Widersprüche aufgebracht und geklärt werden müssten. Eine Arbeit, die vom Interviewer und Befragten gemeinsam geleistet werden müsste und welche die beiden Gesprächspartner und ihre Meinungen verändern würde. Wie eine solche Arbeit dann in eine journalistische Form gebracht werden kann, ist eine schwierige und noch keineswegs geklärte Frage.

Hugo Faaß

* Eine fundierte Kritik leistet H. Berger in «Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit» (Edition Suhrkamp)

Lebenswürdigkeiten

Von Zeit zu Zeit finden sich im Briefkasten der Redaktion auch «Liebesbriefe» dieser Art – selbstverständlich anonym:

Ich verdamme links-hunde, ihr Drecksäcker, ihr lausigen kommunistischen-gangster, ihr saugt brav an unserem staate, ihr miesen hunden sollt einmal so krepieren, wie ihr stinkig gelebt hat.

Sehen Sie hinter die Kulissen?

Dann helfen Sie uns auch, dahinter zu sehen, gleich wo. Gelangen Sie an uns, wir verschleiern Sie unserer Diskretion.

Bücherrabatt: Beim SBVV nichts Neues

Am 17. Januar hatte eine ausserordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Buchhändler- und Verleger-Vereine (SBVV) zwei, drei Anträge, die die Interessen der Interessengemeinschaft Wissenschaftlicher Buchhändler (IWB) haben, zu beraten und abzustimmen:

1) die Einführung eines 10%igen Rabatts auf Studienliteratur

2) die Abschaffung des 15%igen Mengenrabatts bei 50 gleichzeitig bezogenen Titeln (als Kompensation zu Antrag 1)

Die IWB wollte damit ihre – nach der Abschaffung des generellen Studentenrabatts – arg in Mitleidenschaft gezogene Umsätze wieder auf bessere Bahnen bringen, ohne aber gleichzeitig eine Lösung zu ergreifen, die den Studenten gegenüber den andern in Ausbildung Stehenden zu einem unmissigen Privileg verhilft, wie dies der generelle Studentenrabatt dargestellt und wie ihn die Kartellkommission abgelehnt hat.

In einem Gespräch, das noch vor der be- sagten GV zwischen dem SBVV und einer

VSS-Delegation stattgefunden hat, sprach sich der VSS für die Einführung des Rabatts auf Studienliteratur aus, allerdings mit den Auflagen, dass die studentischen Interessenvertreter massgebend am Erstellen einer Studienterminliste beteiligt würden und dass eine solche Lösung für ihn letzten Endes keine ewige sein könne. Die Abschaffung des 15%igen Mengenrabatts hingegen lehnte der VSS ab.

Am 17. Januar nun scheiterten beide Anträge der IWB. Der Zentralvorstand des SBVV wurde beauftragt, einen neuen Lösungsvorschlag auszuarbeiten...

So, wie sich die Situation heute darstellt, wird bis zum nächsten Wintersemester alle bei allem bleiben; es sei denn, die IWB warte mit neuen Projekten auf, wie sie es im Gespräch mit dem VSS angetönt hat – ein Gespräch, dies sei auch noch gesagt, an dem sich alle am Gespräch anwesenden Parteien für die Preisbindung ausgesprochen haben (vgl. dazu «Oktober-konzept»).

Alle Jahre wieder

Jahresende – den Abonnenten des «konzept» flatterte die Rechnung für das Jahr 1977 ins Haus. Wir danken allen jenen, die ihr Abo schon einbezahlt haben, und freuen uns ganz besonders über die vielen Unterstützungs- und Aufstockungsbeträge. Abbestellungen sind für die Redaktion natürlich eine eher traurige Sache. Viele unserer Leser haben uns ihre guten Gründe dafür dargelegt und uns weiter ermutigt. Jedoch nicht nur für diese Ermunterungen sind wir dankbar, auch die Kritik einiger unserer Leser war uns viel wert.

Papierüberfluss

Knappe Zeit und Papierflut bewegen einen Teil unserer Leser, für 1977 auf «das konzept» zu verzichten, so A. L. in A.

Leider habe ich keine Zeit, «das konzept» zu lesen, da ich immer mehr an Zeitungs-papierüberfluss leide. Z. B. habe ich dieses Jahr vielleicht fünf



Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion „das konzept“ Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Kurze Zuschriften fallen uns besonders zu.

oder sechs Artikel aus dem «konzept» gelesen; darum lohnt es sich für mich nicht mehr. Trotzdem vielen Dank für zwei Jahre «konzept» und viel Erfolg in der Zukunft.

Die Studentenschaften kamen zu neuen Mitgliedern

Andere «konzept»-Abonnenten sind inzwischen nicht an die Uni oder ans Poly gekommen und unterstützen uns jetzt über die Beiträge der Studentenschaften, z. B. A. S. in Zürich:

Da ich nun Gelegenheit habe, «das konzept» an der Uni zu lesen, möchte ich mein Abonnement abstellen. Ich möchte noch betonen, dass ich Ihre Zeitung sehr gut und notwendig finde.

Gemeinsames Wohnen senkt Kosten

Wie einige andere unserer früheren Abonnenten hat B. M. in Z. die Wohnung gewechselt:

Ich bin immer weniger erstaunt, wie Ihr es fertigbringt, interessante Informationen auszugraben. Ich bestelle also nicht ab, weil ich mit Eurer Zeitung unzufrieden wäre, sondern ganz einfach weil ich jetzt in einer Wohnung bin, wo «das konzept» schon seit Jahren abonniert wird.

Auch Abwechslung tut not

Für viele unserer Leser sind wir nicht die einzige Alternativzeitung. S. G. in B. schreibt:

Nachdem wir Ihre Zeitung seit einigen Jahren abonniert haben, tut eine Pause not. Die Art der Artikel läuft sich u. A. nach etwas tot. Meist sind wir schon anderweitig über die Problematik informiert worden. Wir kritisieren Ihre Zeitung nicht grundsätzlich, möchten aber für uns persönlich eine andere Alternativzeitung unterstützen. Für Ihr Engagement danken wir herzlich und wünschen Ihnen viel treue Kunden.

Glückliche Auslandsfahrer

Und Weltreise haben wir recht viele unter unseren Lesern. Mit folgendem Wunsch verabschiedet sich A. H. in A.:

Da sich mein Aufenthalt über mehrere Jahre hinzieht, würde es mich freuen, bei meiner Rückkehr «das konzept» so anzutreffen, wie ich es verlassen habe, d. h. viel Information und viel Kritik.

Lehrer haben's nicht leicht

Die Abstellung eines unserer Leser wirft ein Schlaglicht auf die bedrückende Situation von Lehrern:

Als Lehrer ist man allgemein und örtlich dem herrschenden Wind von rechts gegenwärtig besonders stark ausgesetzt, d. h. man ist gezwungen, Angriffsflächen etwas abzubauen.

Die Kritiker der Kritiker

Da mir Ihre Zeitung gar zu extrem «in Frage stellend» und zudem zu politisch denkend ist, möchte ich auf ein Erneuern des Abonnements verzichten. F. G. in B.

Gründe: Einerseits finanziell. Andererseits – und das ist meine persönliche Meinung – sehe ich Ihre Zeitung zu sehr auf der Seite des Guten, Objektiven, Überparteilichen, die das Böse kritisiert. P. B. in W.

Im Vergleich zur «Leserzeitung» scheint mir «das konzept» zu stark auf die Studenten zugeschnitten zu sein.

Ich glaube, Sie sollten den Lehrenden nicht eine Zeitschrift anbieten, wenn Sie ihre Probleme nicht berücksichtigen. J. G. in H.

Bei Euch ist alles gut, was die roten Bonzen machen, da kommt es nicht auf Vernunft und Aufbau der menschlichen Gesellschaft an, vielmehr geht es um die Machtpolitik dieser roten Horde (...) Vergleichen Sie England, von Italien gar nicht zu reden, dort ist das Staat praktisch bankrott. Wenn die rote Welle auch bei uns überhand nimmt, wird es bald aus sein mit der reichen Schweiz, der Lebensstandard wird unerträglich sinken. H. T. in G.

Familienplanung und Geburtenkontrolle in der dritten Welt¹

Geburtenkontrolltechniken in Aktion

Familienplanungsprogramme gehören wohl zu den bestfinanzierten Entwicklungshilfeprojekten. Westeuropa und vor allem die USA lassen sich die Bevölkerungskontrolle in der dritten Welt etwas kosten, nicht zuletzt um den eigenen Kleinfamilien (und Grossverbraucher!) die nicht unerschöpflichen Rohstoffe zu erhalten. Der folgende Artikel versucht, die Entstehungsgeschichte und die Auswirkungen nationaler Familienplanungsprogramme in der dritten Welt nachzuzeichnen und die gängigsten Argumentationen für eine Bevölkerungskontrolle in den Entwicklungsländern darzustellen. Wenn Susanne Habicht dabei bestehende Geburtenkontrollverfahren hart kritisiert, tut sie

es nicht wegen eines uneingeschränkten «Ja zum Leben», sondern weil sie sieht, wie sozialökologisch viele Familienplanungen vorgehen: Die Zahlen der «beratenen» Frauen und Paare, der verteilten Propagandaschriften und der eingesetzten Spiralen sollen den Erfolg ausweisen. Um das Ziel zu erreichen, sind (fast) alle Mittel recht, auch solche, die man an 3.-Welt-Frauen gleich für USA/Westeuropa ausprobieren kann. Von Selbstbestimmungs- oder auch nur Mitspracherecht der Frauen ist wenig die Rede. Und wenn die Programme dann nicht so effizient sind wie erhofft, ruft man nach mehr Experten, härteren Methoden, mit denen man über die Frauen verfügen kann. Is

Budget von 2,1 Mio. \$, das bis 1971 auf 100 Mio. \$ angewachsen war (und das zu einer Zeit, wo wegen des Vietnamkrieges sämtliche anderen AID-Programme drastisch gekürzt wurden).

Rohstoffe für die USA only

Der Hauptgrund für das Eingreifen der US-Regierung war wohl, dass die Arbeit von verschiedenen Regierungs-kommissionen über Rohstoffe, militärische Sicherung usw. ergeben hatte, dass die Rohstoffe der dritten Welt unbedingt für die USA gesichert sein müssten, um die US-amerikanische Bevölkerung auf lange Sicht hin zu ernähren.

Übervölkerungs-ideologie heute

Sätze, 1789 geschrieben und doch aus den letzten 25 Jahren bedrückend vertraut – wurden sie doch, nachdem die sozialen Errungenschaften des Spätkapitalismus der Malthus'schen Theorie zu- mindest in Europa und den USA weitgehend den Boden entzogen hatten, Anfang der 50er Jahre dieses Jahrhunderts wieder neu formuliert, dieses Mal allerdings mit Zielrichtung auf die Länder der dritten Welt. Mit der politischen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien, vor allem aber mit dem drastischen Sinken der Sterberaten in diesen Gebieten begann nämlich für die reichen (kapitalistischen) Staaten die grosse Angst vor der «Bevölkerungsexplosion».

Durch die westlichen Massenmedien geisterten Schreckensvisionen von hungrigen schwarzen, gelben und braunen Massen, die die Industrienationen überrollen könnten, ihnen die Verfügungsgewalt über die Rohstoffe der Welt und damit ihren Reichtum nehmen und überhaupt die ganze geistliche Zivilisation bis auf den Grund erschüttern könnten. In Büchern und Filmen, in Vorträgen und auf wissenschaftlichen Konferenzen wurde die Angst weitergeschürt, die 1952 schliesslich den Anstoss zur Gründung des amerikanischen «Population Council» durch den Initiator seiner Gründung war John D. Rockefeller III, Sprössling einer der reichsten amerikanischen Familien, und das Ziel seiner Vereinigung war es, Forschungen zur Geburtenkontrolle zu fördern. Weitere Gründungsmitglieder waren u. a. der Direktor von RCA, der Mellon-Foundation, die Ford-Carnegie-Foundation, die Osborn-Family, der Council on Foreign Relations und diverse Interessenvertreter des Rockefeller-Clans – alles erzkonservative Familien(unternehmen) der herrschenden Klasse.

«In den nächsten paar Sekunden wird ein Kind hingerichtet werden! Jeden Tag sterben 10 000 Menschen – meist Kinder – in den unterentwickelten Ländern infolge von Unterernährung... Dies ist die Welt, in der wir leben – weil das Wachstum der Weltbevölkerung die Reserven an Nahrungsmitteln schon überflügelt hat... Das Bevölkerungs- wachstum muss kontrolliert werden! Das erfordert blitzschnelles Handeln... Die ungeheure Menschen- schenweisse muss unbedingt kontrolliert werden, wollen wir nicht mit allen unseren zivilisatorischen Errungenschaften untergehen... Eine Welt mit Massen- sterben in den unterentwickelten Län- dern wird eine Welt des Chaos, der Un- ruhen, des Krieges sein. Und eine perfekte Bruststätte für den Kommunismus. Wir können uns kein halbes Dutzend Vietnams mehr leisten – kein einziges mehr! Unser eigenes nationales Inter- esse erfordert es, dass wir alle Hände an- und den unterentwickelten Ländern helfen, ihre Bevölkerung zu kontrollie- ren...»

Diese Anzeige aus der «New York Times» (neben dem Foto eines ster- benden Kindes) stammt aus den 60er Jahren – die Argumentation hat sich kaum geändert.

Da die amerikanische Regierung während der 50er Jahre das Thema Familienplanung noch als zu heikel an- sah, um es zum Bestandteil ihrer Politik zu machen, musste sich der Population Council auf private Mittel verlassen, was offenbar keine grossen Schwierigkeiten machte, denn der Fonds von 4,5 Mio. \$ in den Jahren 1952–1958 stieg in den folgenden sechs Jahren bis 1964 auf über 18 Mio. \$ an. 1965 war es dann soweit: Die amerikanische Regierung Johnson erklärte sich bereit, die Förde- rung und Finanzierung von Geburten- kontrollprogrammen und den dazugehö- rigen Forschungen zu übernehmen. Sie tat dies durch die Agency for International Development (AID) – anfangs mit einem vergleichsweise bescheidenen

Budget von 2,1 Mio. \$, das bis 1971 auf 100 Mio. \$ angewachsen war (und das zu einer Zeit, wo wegen des Vietnamkrieges sämtliche anderen AID-Programme drastisch gekürzt wurden).

Rohstoffe für die USA only

Der Hauptgrund für das Eingreifen der US-Regierung war wohl, dass die Arbeit von verschiedenen Regierungs-kommissionen über Rohstoffe, militärische Sicherung usw. ergeben hatte, dass die Rohstoffe der dritten Welt unbedingt für die USA gesichert sein müssten, um die US-amerikanische Bevölkerung auf lange Sicht hin zu ernähren. Unter dem Aspekt, dass die USA mit 6% der Weltbevölkerung 50 bis 60% der nichtersetzbaren Weltressourcen verbrauchen, stellte ein rasches Bevölkerungs- wachstum in den Entwicklungsländern natürlich eine empfindliche Beschränkung des Umfangs der für die USA verfügbaren natürlichen Ressourcen dar – zumal wenn die armen Völker sich auch noch revolutionär organisier- ten.

Die «Bewegung» erfasste über die verschiedensten Organisationen und Komitees, reaktionär bis fortschrittlich, schliesslich die ganze amerikanische Nation, wenn auch die Hauptpropagan- disten die gleichen blieben: Rockefeller, Ford, Carnegie, Mellon, CBS, United Shoe, First National Bank of Boston, New England Telephone+Telegraph, Continental Oil usw. Neben Handel, Banken, Versicherungen und die Gross- industrie trat schliesslich noch eine Lobby von Akademikern, die von den Forschungsprogrammen der Ford-Foundation lebte.

Die «schweigende Mehrheit» der US-Bevölkerung wurde über Anzeigen (vgl. Kasten) zur Unterstützung der Programme motiviert. Die Regierungen der verschiedenen Länder, sofern sie nicht von allein bejahten, von den USA mehr oder minder dazu gezwungen, meist durch Koppelung von Entwick- lungshilfe an die Einrichtung eines nationalen Familienplanungspro- gramms.

Geburtenkontrolle – ein technisches Problem?

«Indien führt drastische Strafen für kinderleiche Eltern ein» – «Entweder Sterilisation oder Kündigung» – «Frau Sadat befürchtet Strafen für Kinder- che» – «Zwangsmassnahmen zur Ge- burtenbeschränkung» Solche und ähn- liche Meldungen konnte man in den vergangenen Monaten des öfteren in europäischen Zeitungen finden. Sie scheinen darauf hinzudeuten, dass die in den letzten Jahren in Gang gesetzten nationalen Geburtenkontrollprogramme doch nicht so effektiv gewesen sind, wie noch bis vor kurzem gerne behauptet wurde. Heisst das, dass bei den Bewoh- nern der Entwicklungsländer keinerlei Interesse an Familienplanung vorhan- den ist, oder haben sich vielleicht nur die angebotenen Verhütungsmethoden nicht bewährt?

Eines steht für die Verantwortlichen jedenfalls so gut wie fest: Da eine spür- bare Senkung der Geburtenziffer in kaum einem Land erreicht wurde, muss die Familienplanung in den Entwick- lungsländern intensiviert werden, mit welchen Mitteln auch immer. Neben der Forderung nach Zwangsmassnahmen stehen allerdings auch Warnungen, das Ganze nur als technisches Problem an- zusehen, ohne die ökonomischen Ver- hältnisse, die Religion, Kultur, Sitten und Bräuche der Menschen zu berück- sichtigen. Demgegenüber werden dann immer noch in aller Eile Programme aufgestellt, die wie z. B. in Pakistan 12 000 Familienplaner («Berater») ver- pflichteten wollen, in einer einzigen Woche 15 Mio. Ehepaare aufzusuchen und sie von den Nachteilen allzu grosser Kinderscharen zu überzeugen. Gleich- zeitig sollen an diese Ehepaare kosten- los Verhütungsmittel verteilt werden. Also nur eine Frage der Technik?

Beispiel: Tunesien

Tunesien hatte 1971 5,3 Mio. Ein- wohner. Die Hälfte davon war jünger als 17 Jahre. Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter machte etwa ein Fünftel aus (d. h. Frauen zwischen 15 und 49 Jahren). Seit 1964 existiert ein staatliches Familienplanungsprogramm. «Nachdem die verantwortlichen Regierungsstellen

die Notwendigkeit der Begrenzung der Geburtenzahlen erkannt hatten», wurde 1963 nach Verhandlungen mit dem Population Council ein Vertrag zwi- schen der tunesischen Regierung und der Ford Foundation über die Finanzie- rung eines zweijährigen Versuchspro- gramms abgeschlossen. Dem ersten Schritt, der Einrichtung von 12 Kliniken in städtischen und stadtnahen Gebieten, war eine ausführliche soziologische Un- tersuchung vorausgegangen, die die Ein- stellungen der Bevölkerung zur Fam- lienplanung erforschen sollte. Die Er-



gebnisse fielen offenbar positiv aus, und das Programm kam ins Rollen.

Um nach Abschluss der zweijährigen Experimentierphase 1966 noch mehr Frauen erreichen zu können (damaliges Ziel: 30–40% der gebärfähigen Frauen), wurde das Programm erheblich ausgeweitet und in das bestehende Ge- sundheitssystem eingegliedert – eine in vielen Entwicklungsländern übliche Praxis.

Um auch die ländlichen Gebiete zu versorgen, wurden mobile Einsatzwagen eingerichtet, die die Dörfer in einem regelmässigen Abstand aufsuchten.

1971 bestanden in Tunesien 289 Familienplanungszentren, die nicht nur die städtischen Gebiete, sondern vor allem die Provinz versorgen sollen, und 15 mobile Einsatzgruppen. Die persö- nliche Situation ist schwierig: Tunesien verfügte 1972 über 48 Gynäkologen (d. h. einer auf 46 800 Frauen), von de- nen aber nur 18 Tunesier sind, die übr- dies zu 90% in der Hauptstadt arbeiten. Die ausländischen Ärzte kommen aber me- rist nur für eine begrenzte Zeit ins Land. Ausserdem stellt sich das Pro- blem, dass sich islamische Frauen in der Regel kaum von einem männlichen Arzt untersuchen lassen (dürfen). Weibliche

Ärzte gibt es dagegen nur sehr wenige, die auf dem Land auf grosse Wider- stände gegen weibliche Berufstätigkeit allgemein treffen.

Was die Methoden der Empfängnis- verhütung angeht, so wird von den Zen- tren eine Vielzahl von Mitteln angebo- ten. Das Schwergewicht liegt aber – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, da die Mittel kostenlos verteilt werden – bei der Spirale (IUD), die in Herstel- lung und Anwendung erheblich billiger ist als etwa die Antibabypille oder Kon- dome (siehe Kasten).

Bis 1970 hatten sich über 60 000 Frauen die Spirale einsetzen lassen (das entspricht etwa 9% der verheirateten Frauen unter 50 Jahren). Von diesen Spiralen sind aber nach einem Jahr schätzungsweise nur noch 60 bis 70% an ihrem Platz. Die restlichen werden ausgestossen oder wegen der häufigen unangenehmen Nebenwirkungen von den Frauen entfernt.

Die Zahl der Frauen, die die Pille- einnahme über ein Jahr fortsetzen, wird nur mit 30 bis 40% angegeben. Gründe hierfür sind im einzelnen noch nicht bekannt. Die richtige Anwendung ist bei keiner Methode ausser Spirale zu kontrollieren, weshalb nur sehr bedingte Aussagen über die Effizienz des Pro- gramms gemacht werden können. Als Erfolg wird einerseits gewertet, dass sich in den ersten 6 Jahren des Programms ein Fünftel aller verheirateten Frauen in einem der Zentren hat beraten lassen und dass die Geburtenziffern seit Ein- führung des Programms von 46 auf 39 pro Tausend gesunken sind. Anderer- seits lassen sich aber nach anfänglichen

Trend zur Pille und weg von der Spirale nicht aufhalten können.

Beispiel: Indien

In Indien gibt es bereits seit 1951 ein staatliches Familienplanungsprogramm, das inzwischen Priorität vor allen an- deren sozioökonomischen Entwick- lungsprogrammen genießt. Das Ziel ist, die Geburtenrate von gegenwärtig 39 pro Tausend auf 25 pro Tausend zu senken. Das ist bei einer Bevölkerung von 600 Mio. (jährliche Zuwachsraten 2,5%), die zu 80% auf dem Land lebt, ein schwie- riges Unterfangen. Die ersten beiden Fünftjahre bis 1961 hatten auch nur äusserst geringe Erfolge zu verzeichnen.

Seit 1961 sind nun alle Hebel in Gang gesetzt worden – finanziell (wie üblich: US-AID, Population Council, Ford Foundation, Uno u. a.) wie perso-

Bilanz der Geburtenkontrolle

NEU-DELHI, 16. Oktober (ddp). Von April bis September dieses Jahres sind in Indien 4,7 Millionen Sterilisationen vorgenommen worden, davon allein 1,3 Millionen im letzten Monat. Damit schlagen die Erfolge der bisherigen Ge- burtenkontrolle in Indien alle Rekorde.

nell. Die angebotenen Mittel – Kon- dome und andere konventionelle Mittel, Spirale und männliche und weibliche Sterilisation – werden kostenlos (bisher oft gegen Belohnung) verteilt. Schätzun- gen von 1970 ergaben, dass von ca. 100 Mio. Paaren 9 Mio. Geburtenkontrolle praktizierten – 5,8 Mio. durch Sterilisa- tion, 2,8 Mio. durch Spirale (IUD), der Rest mit konventionellen Methoden. Der Schwerpunkt des Programms liegt damit – auch in der weiteren Planung – eindeutig auf der Sterilisation von Män- nern und Frauen.

Diese Methode wird auch schon am längsten praktiziert (seit 1956). Beson- ders populär war die Praxis, jeder Per- son, die sich freiwillig sterilisieren liess, ein Transistorradio zu schenken. Heute freilich droht jedem Staatsbeamten, der schon zwei Kinder hat, die Zwangssteri- lisation.

Das 1965 mit riesigem Aufwand be- gonnene IUD-Programm ist ein totales Fiasko geworden; nach einigen Jahren waren kaum noch Spiralen an ihrem Platz. Viele Frauen benutzten das IUD zum Gelderwerb; liessen es sich gegen Prämie einsetzen, nahmen es wieder heraus und kassierten in der nächsten Klinik die zweite Prämie für erneutes Einsetzen. Dieses uns eher komisch an- mutende Detail darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Grossteil der Frauen die Spirale gegen ihren Willen eingesetzt bekam und dass für viele Frauen einfach eine Notwendigkeit be- stand, aus allem Möglichen einen Geld- erwerb zu machen.

Vor allem der Misserfolg der IUD- Kampagne, aber auch die nur langsam wachsende Zahl der freiwilligen Steri- lisationen haben die Diskussion um die Einführung von Zwangsmassnahmen entscheidend begünstigt. An Stelle der Transistorradios sind als Negativsan- ktionen Entlassungen aus dem öffent- lichen Dienst, Nachteile bei der Woh- nungssuche, weitere Heraussetzung des Heiratsalters, Internierung in «Sterili- sationslagern» getreten, aber auch Ver- suche mit Langzeitpillen, Hormoninjek- tionen oder Durchsetzung von Trinkwasser mit empfängnisverhütenden bzw. sterili- sierenden Hormonen sind in der Dis- kussion.

Beispiel: Sterilisation in Lateinamerika

Das erste Projekt, das in Lateiname- rika durchgeführt wurde, war ein gros- ses Sterilisationsprogramm in der Domi- nikanischen Republik etwa Mitte der 50er Jahre.

Das Muster – in der Folgezeit öfter kopiert, z. B. in Costa Rica – ist einfach: Die Ford Foundation gibt an einen ame- rikanischen Geschäftsmann 1 Mio. \$,

«Billig in der Herstellung, leicht einzusetzen»

IUD ist die Abkürzung der englischen Be- zeichnung «intra-uterine contraceptive device». Damit bezeichnet man eine Spirale oder einen Ring, der zur Empfängnisver- hütung in die Gebärmutterhöhle eingelegt wird.

Die Spirale ist vor allem durch die For- schungen des Population Council seit An- fang der 50er Jahre entwickelt worden. Heute tragen etwa 15 Mio. Frauen ein IUD, die meisten davon in Ländern der dritten Welt. Allgemeine Nebenwirkun- gen der Spirale sind häufig Zwischenblun- gen, Schmierblutungen, Unterlebskrämpfe, Rückenschmerzen. Häufig tritt auch eine allgemeine bakterielle Entzündung der Beckenorgane auf. Der Blutverlust bei der Menstruation ist grösser.

Von den mechanischen Verhütungsmi- teln ist das IUD das sicherste, sofern es nicht innerhalb der ersten Monate aus- gestossen wird. Für die Verwendung in Län- dern der dritten Welt eignet sich das IUD nach Ansicht der Fachleute hervorragend, weil es

- billig in der Herstellung (weniger als 10 Rappen pro Stück),
- schnell einzusetzen (für Massenabfertigung geeignet),
- einfach in der Anwendung (einmaliges Einsetzen genügt) und
- ausserdem sofort wirksam ist.

Deshalb wird es als Geburtenkontroll- mittel für Entwicklungsländer seit Jah- ren bevorzugt propagiert. Was bei diesen Überlegungen nicht auftaucht:

- In den Entwicklungsländern werden im allgemeinen ältere IUD-Modelle verwandt, die noch nicht die Vorteile der in den USA und Europa verwandten neueren Modelle und darum sehr hohe Ausstossraten und zahlreiche Nebenwirkungen haben.

Das Einsetzen muss durch einen geübten Arzt erfolgen und erfordert hinterher ärzt- liche Überwachung, um die besonders an- fangs möglichen Komplikationen beheben zu können. In vielen Entwicklungsländern werden aber die IUDs in ländlichen Gebie- ren durch mobile Kliniken eingesetzt, so dass die Frauen bei auftretenden Schwierig- keiten keine Möglichkeit zu einem Arztbe- such haben. Das ist besonders gefährlich, weil Frauen in den Entwicklungsländern oft unterernährt, blutarm und anfällig für In- fektionen sind. Viele wissen ausserdem nicht genau, was der Fremdkörper in ihrem Bauch eigentlich soll, und machen ihn für sämtliche Krankheiten und Anfalligkeiten verantwortlich – was die hohe Quote an Frauen erklären würde, die sich die Spirale nach einiger Zeit wieder entfernen lassen.

- In vielen Kulturen existieren Sexual- rappen pro Stück),
- schnell einzusetzen (für Massenabfertigung geeignet),
- einfach in der Anwendung (einmaliges Einsetzen genügt) und
- ausserdem sofort wirksam ist.

Deshalb wird es als Geburtenkontroll- mittel für Entwicklungsländer seit Jah- ren bevorzugt propagiert. Was bei diesen Überlegungen nicht auftaucht:



die dieser in Häusern und sonstigen Immobilien anlegt. Diese werfen eine Rendite von 80 000 \$ pro Jahr ab. Dies- es Geld wird nun dafür verwendet, jeder Person, die sich freiwillig sterilisie- ren lässt, für den Rest ihres Lebens 6 oder 7 \$ pro Monat zu bezahlen. (Ein bisschen grosszügiger als in In-)

Fortsetzung auf Seite 10

¹ Der Artikel ist leicht gekürzt übernommen aus Nr. 57 der «blätter des i3w», welche «Frauen in der dritten Welt» als zentrales Thema hatten. Die Blätter der Informationszentrale dritte Welt können für 2,50 Fr. in einschlägigen Buchhandlungen bezogen werden.

² Zahlenangaben nach: Warneke, Margot: Genera- ves Verhalten und sozialer Wandel in Tunesien, dar- gestellt am Beispiel der städtischen Familienpla- nungsprogramme, Dissertation – Hamburg 1974, S. 16 f. Alle weiteren Zahlenangaben beruhen, sofern nicht anders angegeben, auf dieser Disserta- tion.

³ 1970 teilten sich die drei wichtigsten Methoden (Spirale, Pille, weibliche Sterilisation) prozentual wie folgt auf: Gesamtzahl 22 136, davon Spirale 44%, Pille 45%, weibliche Sterilisation 11%.

Fortsetzung von Seite 9

dien!) Zuerst liessen sich hauptsächlich ältere Leute stillisieren, die schon mehrere Kinder hatten, dann verkauften sich auch zunehmend junge arme Leute an die Familienplaner.

Bevölkerungskontrolle als «Denksportaufgabe»

Die «Geburtenkontrolltechniker» sind allerdings bei den meisten Programmen noch in der Überzahl: erfasst werden fast ausschliesslich statistische Grössen wie Bevölkerungszahl, Zahl der gebärfähigen Frauen, der Eheschliessung, der Geburten; als Erfolgsmesser dienen die Zahl der «beratenen» Frauen, oder Paare, die Zahl der vertriebenen Propagandaschriften, Pillen und Spiralen. Desinteresse, Widerstände oder Ängste der Bevölkerung glaubt man mit immer besseren Techniken beheben zu können – mehr Experten, bessere Organisationsmethoden, mehr Umfragen, wirksamere Verhütungsmethoden und bessere Masskommunikationsprogramme. Hauptstrategie: die Armen seien an ihrer Armut selbst schuld, bleibt unbestritten, Hauptsache: die wahren Ursachen der Armut bleiben ungenannt, und die Armut bleibt selbst auch. So wird Bevölkerungskontrolle zu einer Denksportaufgabe für Schreibtischstrategen, nicht aber zu einer Sache der Betroffenen.

Dies ist wohl als Hauptgrund für das Scheitern der meisten Programme anzusehen: dass diese von aussen in die Entwicklungsländer hineingetragen werden, ohne dass sich an der eigentlichen Ursache der «Überbevölkerung», nämlich der abhängigen Situation dieser Länder, etwas ändert und ohne dass die betroffenen Familien die Möglichkeit haben, ihre Fortpflanzung tatsächlich selbstverantwortlich zu planen – abgesehen von medizinischen Gründen, die die Anwendung der Geburtenkontrolle hervorruufen können.

Diese technokratische Auffassung von Familienplanung ist, die für grundlegende Irrtümer und falsche Annahmen verantwortlich ist.

Die Abhängigkeit bleibt

Als Anzeichen für Überbevölkerung gelten im allgemeinen eine unzureichende Nahrungsmittelproduktion und Vorhandensein von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Der These der Bevölkerungsplaner, dass hierfür ein zu schnelles Bevölkerungs-

entgegen zahlreichen westlichen Annahmen kein verworrenes Relikt traditioneller Gesellschaften, sondern entspricht viel eher als die Kleinfamilie den Notwendigkeiten einer Gesellschaftsordnung, in der Arbeitslosigkeit, Unterernährung und fehlende soziale Sicherung an der Tagesordnung sind.

Zudem werden durch die Malthusische These die Nahrungsmitteproduktion und die Beschäftigungsstruktur als gegeben vorausgesetzt und nicht als bedingend durch ökonomische und politische Machtverhältnisse. Die wichtigste Ursache der relativ niedrigen Nutzung der Produktivkräfte (vor allem menschliche Arbeitskraft), nämlich die Abhängigkeit von den Industrieländern, bleibt so im dunkeln.

Sieht man den Sinn von Familienplanung nicht nur in der Beschränkung der Geburtenzahlen, sondern vor allem in der selbstverantwortlichen Kontrolle der Menschen über ihre eigene Fortpflanzung und in der Schaffung eines besseren Lebens für alle, so scheint uns, dass

selbst «ganz normale» Programme wie in Tunesien nicht gerade geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Überhaupt sind US-AID, Ford Foundation, Population Council, Uno und Weltbank, die auch das tunesische Programm finanzieren, ja nicht gerade Garantien dafür, dass die bestehende Ausbeutung der dritten Welt aufgehoben wird – allenfalls soll sie auf weniger Köpfe verteilt werden.

Ausserdem ist nirgendwo garantiert, dass relativ «sanfte» Programme bei ungenügendem Erfolg nicht durch (international geförderte) staatliche Zwangsprogramme ersetzt werden – wie das Beispiel Indien zeigt. Es ist ja kein Einzelfall, dass die USA kürzlich Pakistan offenbar gedroht haben, ihre gesamte Entwicklungshilfe einzustellen, falls sich die pakistanische Regierung nicht auf eine drastische Begrenzung des Bevölkerungszuwachses konzentrierte. Indien, das schon in den 50er Jahren mit seiner Forderung gewiss nicht zermperlich umsprang, verschärfte den Druck immer mehr.

Aber der eigentliche Druck kommt von noch weiter oben: schon 1965 ordnete der amerikanische Kongress an, nur noch an solche Entwicklungsländer «Nahrung für den Frieden» zu liefern, die sich aktiv um Geburtenbeschränkung bemühten.

Vor diesem Hintergrund muss man die scheinbar unauffällig-freundlichen, um das Wohl der Bevölkerung» bemühten Programme auch sehen. Ein Druck auf die Bevölkerung findet in jedem Fall statt, will man sie doch um jeden Preis zu etwas bewegen, was vielleicht gar nicht in ihrer Absicht liegt, vor allem nicht unter ihrer Kontrolle steht und zudem der Erreichung des Ziels «Aufhebung der Armut» noch gar nicht mal unbedingt förderlich ist!

Für die Befreiung der Frauen – wie der Menschen überhaupt – scheint da nicht mehr allzuviel Raum zu bleiben, werden doch die Entscheidungen, die sie betreffen, nicht von ihnen selbst, sondern nach wie vor in den Chefetagen Manhattans gefällt...

Chile: Kriminalfall entpuppte sich als politischer Mord

«Lustmord» der Polizei-Schergen

Zuerst sah es wie ein reiner Kriminalfall aus: eine brutale ermordete Frau wird am Strand von La Ballena (Chile) aufgefunden. Die Grausamkeit, mit der die Frau ermordet worden ist, schreckt selbst die der faschistischen Junta hörige Presse auf. Dieser Fall von «Lustmord» soll schnell aufgeklärt werden. Als aber bekannt wird, dass es sich beim Opfer um eine aktive

Kommunistin handelt, welche in der Regierung Allende mitgearbeitet hatte, versiegt das Interesse der Presse an diesem Fall. Der nachstehende Artikel, den wir (leicht gekürzt) der «Deutschen Volkszeitung» entnehmen, führt eindringlich die Brutalität des alltäglichen und fortwährenden Faschismus in Chile vor. Die Red.

Am 13. September meldete die zum «Mercurio»-Konzern gehörende Zeitung «Segunda», am Strand von La Ballena im Bezirk Ligua, 182 km nördlich von Santiago, sei eine Frauenleiche gefunden worden. «Die Leiche war nur mit Unterwäsche bekleidet. Um den Hals war ein Draht gedreht, woraus zu schliessen ist, dass das Opfer erwürgt wurde.»

Am folgenden Tag brachte eine andere Zeitung des «Mercurio»-Konzerns, die «Ultimas Noticias», ein Foto der Leiche. Die dazugehörige Reportage lief unter der Schlagzeile «Hübsche junge Frau erdrosselt». Die Untertitel lauteten: «Schweres Verbrechen am einsamen Strand», «Nackte Leiche mit Spuren grober Gewalt entdeckt». Der Bericht war mit schreulichen Einzelheiten aufgemacht. Zum Beispiel: «Das Mädchen, das man in dieser Gegend nicht kennt und das vermutlich in Santiago zu Hause ist, wurde mit einem Draht und einem Kopfkissen stranguliert. Ausserdem brach ihr der Körper (oder die Körper) die Kinnlade und das Handgelenk. Weiter weist der Körper eine Stichwunde auf, was den Mord noch brutaler macht...» Zum Abschluss hiess es: «Als wahrscheinliche Version gilt bei der Polizei die Annahme, es handle sich bei dem Täter um einen Lustmörder». Kurz, es gab alle Anzeichen für eine jenen Sensationen, die von der Konzernpresse gerne ausgewälzt werden.

Ein Lustmord?

Selbst «Mercurio», der sich gerne den Anschein eines «seriösen» meinungsbildenden Blattes gibt, hegte aber Spitzentöne der faschistischen Junta ist, konnte es sich nicht verheissen, in diese Story gross einzusteigen. Am 15. September meldete er, die Identität der jungen Frau sei noch nicht geklärt.

Der tragische Fall am Strand von La Ballena ging in diesen Tagen auch häufig durch Rundfunk und Fernsehen, die auf Anweisung der Junta Meldungen über Preisauftrieb, Produktionsrückgang, Entlassungen, Festnahmen von Politikern und Gewerkschaften sowie andere «konfliktträchtige» Themen besser aussparen oder auf ein Mindestmass beschränken.

Am 17. September meldete die «Tercera», die Leiche werde ins Gerichtsmedizinische Institut Santiago übergeführt.

Am 22. September verkündete «Mercurio», die Identität der Frau sei geklärt, Untersuchungsrichter Tomas Slaughter habe sich aber «geweigert, den Namen des Opfers zu nennen». In der gleichen Meldung wird gesagt, dem

Opfer sei «ausserdem auch das Rückgrat gebrochen worden».

Am 27. September erklärte die «Tercera», der Mörder werde «unweigerlich» gefunden und druckte ein furchtbares Foto vom Gesicht der Toten. Die Meldung enthielt einige wesentliche Einzelheiten über ihre Identität. Die Zeitung versicherte, sie sei «bereits einige Stunden nach dem Auffinden der Leiche geklärt worden», was durch ein Communiqué kompetenter Organe bestätigt worden sei. Wieder tauchten neue Details über den Zustand der Leiche auf: «Gebrochen sind alle Rippen, der rechte Oberarm und ein Knochen des rechten Beins». Am nächsten Tag kommt die Zeitung mit der Spekulation, der Mord sei in Santiago geschehen.

«Seltsame Umstände»

Am 1. Oktober meldete «Mercurio» unter dem Titel: «Die Ermordete am Strand von La Ballena war Steuerangestellte» folgendes: «Marta Ugarte Román heisst die am Strand von La Ballena aufgefunden Tote... Sie wurde am vergangenen Freitag von ihren Schwestern und ihrem Zahnarzt identifiziert. Der Dentist Luis Cicca hat die Zähne der Toten genau untersucht, sie mit Röntgenaufnahmen und Eintragungen auf der Behandlungskarte verglichen und versichert, die Tote sei eine ehemalige Patientin von ihm.»

Danach brachte die Zeitung eine Erklärung der beiden Schwestern von Marta Ugarte: «Sie verschwand am 9. August... Alle unsere Anfragen über ihren Aufenthaltsort blieben unbeantwortet. Sie wurde in den Festnahmelisten der Aufgegriffenen nicht geführt.»

Weder das Innen- noch das Justizministerium, noch das Landesekretariat für Internierte, noch irgendeine andere Institution der faschistischen Militärjunta gab die Verhaffung Marta Ugartes zu.

Nach einigen Tagen des Schweigens meldete «Mercurio» am 5. Oktober: «Das Oberste Gericht hat gestern das Berufungsgericht von Valparaiso aufgefordert, einen Sonderrichter zur Festsetzung der Untersuchung zu bestimmen, die vom Richter des Kriminalgerichts im Bezirk La Ligua eingeleitet worden war, um die Umstände des Mordes an der Marta Lidia Ugarte Román zu klären. Das Oberste Gericht hat diesen Beschluss gefasst, ohne irgendeine Petition erhalten zu haben. Das Gericht ging davon aus, dass diese Affäre Unruhe in der Öffentlichkeit ausgelöst hat und dass in ihrem Zusammenhang etliche seltsame

Umstände ans Licht kamen, die eine weitere Untersuchung verlangen.»

Kaum war der Name der Toten bekannt, schief das «Interesse» der Presse an der Sache plötzlich ein. «Mercurio» tat so, als wisse er nicht, wer diese Marta Ugarte sei. Ende 1973 aber war das Blatt mehrmals heftig über Marta Ugarte hergefallen. Sie hatte sie eine «kommunistische Kommissarin der Versorgungsjunta» genannt. Die von Mercurio ausgestreute Version der «Steuerangestellten» war nur ein dümmlicher Versuch, die Wahrheit zu verneinen!

Die Lehrerin Marta Lidia Ugarte Román, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Chile, hatte seit Ende 1972 und bis zum Sturz der Regierung Allende im September 1973 einen hohen Posten im Wirtschaftsministerium inne: Sie war der verantwortliche Organisator der Volkskampagne gegen den Schwarzmarkt, die von den Dünstas für Versorgung und Preiskontrolle geführt wurde. Zu dieser Zeit war sie vielerlei Angriffen des reaktionären Zeitungswesens und des Rundfunks ausgesetzt.

Sie war also eine bekannte Figur. Fast drei Jahre konnte sie den Verfolgungen der faschistischen Polizei entgehen. Am 9. August jedoch wurde sie von DINA-Agenten (Geheimpolizei Chiles) ergriffen. Die Verwandten und später auch Rechtsanwälte aus dem Solidaritätsvikariat der katholischen Kirche richteten umsonst Eingaben an die Behörden, den Aufenthaltsort Marta Ugartes zu nennen. Innenminister General Cesar Raul Benavides leugnete, was bei den Medien so üblich ist, die Festnahme. Das Berufungsgericht, an das sich die Erklärung des Ministers zuwandte und stellte die Suche ein, obwohl die Adressen, unter denen heute in Chile verschwundene Demokraten gesucht werden müssen, nicht nur Chilenen gut bekannt sind.

Es ist völlig klar: Solange Minister Benavides die Festnahme leugnete, befand sich Marta Ugarte in einem Folterkeller der DINA. Dort wurde sie geschlachtet zu Tode gequält, vernichtet, um mit diesem entsetzlichen Verbrechen den 11. September, den dritten Jahrestag des Militärputsches zu «feiern». Danach warfen die feigen Mörder die Leiche an den einsamen Strand. Damit wollte die DINA die Kommunisten und alle, die gegen die faschistische Diktatur kämpfen, «warnen».

Politischer Mord

Heraus kam jedoch das Gegenteil, vor allem infolge des Rummels der gelben Presse, die den Fund am Strand als banale Kriminalstory verkaufte. Zwar hatte die Junta es anders gewollt, aber hier lag wohl zum erstenmal die verbrecherische Tätigkeit der DINA so offen zutage, wie in den Hunderttausenden mehr oder minder politisch bewanderten Chilenen, sondern auch vor den anderen Millionen Bürgern des Landes. Dieses Verbrechen der DINA war so grausam, dass es, wie sogar das Oberste Gericht feststellte, «Unruhe in der Öffentlichkeit auslöste». Die verantwortlichen Massenmedien wollen die Affäre jetzt herunterspielen und geben sich Mühe, den wahren Namen der Toten nicht zu erwähnen. Dennoch hat der heimtückische Mord an Marta Ugarte grosse Publizität gefunden. Die Verwandten von Tausenden Verhafteten und «Vermissten» haben ihren Druck auf die Behörden noch verstärkt. Empörung erfasste auch Diener der katholischen Kirche und weiteste Kreise der Öffentlichkeit. Negative Reaktionen gab es ferner in Juristenkreisen sowie in den Streikkräften, wo viele nichts mit den Verbrechen der Junta zu tun haben wollen.

José Miguel Varas

Revue der Revuen

focus

Mit Nr. 82 vom Februar beginnt eine Serie über Wohn- und Arbeitsgemeinschaften: «Zusammen wohnen und zusammen arbeiten». In der Nummer werden auch moderne Aufklärungsbücher besprochen. focus-Verlag, Postfach 161, 8033 Zürich, 1.50 Fr.

Leserzeitung

Nr. 48 vom 1.2.77 befasst sich in der Titelgeschichte mit unserer Armee: 15 000 junge Schweizer wieder in der «Schule der Nation». 2.50 Fr. am Kiosk. Postfach 259, 8021 Zürich.

Viva

Die Bündner Alternativ-Zeitung untersucht in ihrer Februar-Nummer die Hintergründe des Treibstofflagers Haldenstein; wer profitiert? Viva-Kollektiv, Postfach 66, 7002 Chur, 1 Fr.

Bresche

In der neuesten Nummer (Jan. 77) geht die Bresche scharf ins Gericht mit der Verfolgung der demokratischen Opposition in den sozialistischen Staaten Osteuropas. Am Kiosk, 1.50 Fr. Postfach 299, 8033 Zürich.

Vorwärts

Auf der Kulturseite bringt das Organ der Partei der Arbeit der Schweiz einen Aufsatz von Werner Schmidli über die Funktion des Schriftstellers. 1 Fr. Postfach, 4001 Basel 1.

Der Zeitdienst

zur sozialistischen Information und Diskussion veröffentlicht einen längeren Artikel über die todsicheren Profite mit der Atomenergie in der Schweiz. Nrn. 4 und 5 (Jan./Febr. 77). Je –90 Fr. Postfach 195, 8025 Zürich.

Schwarzpeter

Die Zeitung der Aktion Strafvollzug berichtet über die Kürzung der Arbeitsentschädigung für die Gefangenen der Strafanstalt Bernburg. 1 Fr. Postfach 3003, 3000 Bern 7.

Glärner Zeitung

Nr. 14 (Jan. 77) sticht «Trumpf Buur», indem sie seine Spielweise etwas genauer unter die Lupe nimmt. Am Kiosk, –50 Fr. Postfach 33, 8755 Emmenda.

infrarot

Die Januar-Nummer der Zeitschrift für Jungsozialisten will den Kampf für eine menschliche Ökologie auf der Linken aufnehmen. Postfach A 173, 8030 Zürich.

Emma

In der Nummer 1 der «Zeitung für Frauen von Frauen» schreibt Alice Schwarzer über Männerjustiz. Das auch grafisch ansprechend und einflussreich aufgemachte Magazin bringt neben vielen anderem auch ein unsichthafes Interview mit der Schauspielerin Romy Schneider. Kiosk 3.30 Fr., Abo.: Emma, Kolpingplatz 1a, 5000 Köln 1.

Neues forum

Gérard Soulier schreibt über die «Europäische Konvention gegen den Terrorismus», welcher eher eine solche gegen die Menschenrechte darstellt. Denn «gemäss dieser Konvention gibt es (in Europa) keine politischen Delikte mehr». Acht Seiten sind dem italienischen Kommunismus gewidmet. Einzelheft, 78 Seiten, 6.50 Fr. Jahresabo, 48 Fr. Neues forum, Museumstrasse 5, A-1070 Wien.

Deutsche Volkszeitung

Wege zu einer vernünftigen Energiepolitik beschreibt die Nr. 5 (Februar 77). 1 Fr. Postfach 5707, D-4 Düsseldorf.

2000
buch

Die politische Versandbuchhandlung für kritische Leser. Wir informieren über aktuelle Politik, Friedenspolitik, dritte Welt, Soziologie, Arbeiterbewegung, Umweltschutz/Ökologie...

Zum Beispiel im Januar-Programm:

- **Soziale Verteidigung.** Eine gewaltfreie Alternative zur militärischen Verteidigung der Schweiz. Hrsg. Schweiz. Friedensrat, 12 Fr.
- **Max Schmid, Demokratie von Fall zu Fall.** Repression in der Schweiz, 465 Seiten, 39 Fr.
- **Ich möchte die monatliche «Information für morgen» probeweise an**

Einsenden an «Buch 2000», Postfach 36, 8910 Affoltern

Der Terror des Regimes wird heute nicht mehr auf offener Strasse, sondern hinter den Mauern der Konzentrationslager verübt.



Die Frauen haben zu schweigen

Am Beispiel Westeuropas und USA lässt sich zeigen, dass allein kleinere Familien die Emanzipation der Frau nicht vorantreiben. Sie ändern nichts an der Rollenverteilung, denn oft fühlen sich Mütter in kleinen Familien, besonders wenn sie noch berufstätig sind, extra stark verpflichtet, eine «gute» Mutter und Hausfrau zu sein und so dem weiblichen Rollenideal besonders zu entsprechen. Auch in der Frage der Geburtenkontrolle können Frauen in den Industrieländern ja nicht völlig bestimmen, ob, wann und wie viele Kinder sie haben wollen, was schon deutlich wird am Kampf um die Abtreibungsfreiheit, der in den westlichen, also unverheirateten, kinderlosen jungen Frauen eine Sterilisation zu bekommen.

Letzteres scheint uns einen Fall doppelter Moral darzustellen, die ihre Grundlagen in einer allgemeinen Geringschätzung von Frauen hat. In einem Fall sind Frauen wertloses Menschenmaterial, gerade gut genug für medizinische Versuche – viele Verhütungsmittel wurden an «Versuchsschweinchen» aus der dritten Welt erprobt, ehe sie in den weissen Mittelstand gelangten – in anderen Fällen völlig einflusslose Gruppe, die vergewaltigt, kontrolliert über ihren eigenen Körper und volle sexuelle Freiheit fordert. Im einen Fall die zynische Verweigerung des Rechts, Kinder bekommen zu können; des Rechts, keine bekommen zu müssen, im anderen: Verbot der Selbstbestimmung von Frauen in beiden Fällen – was für uns den Bezug herstellt zwischen der Unterdrückung der Frauen in der dritten Welt und unserer eigenen.

Nachlese-Beispiel zum Fall Cincera

Ein Dossier wird durchleuchtet

Wenn jemand ein Dossier, das über ihn geführt wurde, in die Hände bekommt, ist das noch kein Grund, darüber zu schreiben. Auch ist eine relativ umfangreiche Sammlung (insgesamt 40 bis 50 Blätter) nur eine unter vielen. Wenn sie dennoch hier als Beispiel genommen wird, dann deshalb, weil das Dossier einen 10seitigen Kommentar des Zuträgers enthält, der die Auswahlkriterien des Archivs und die Methoden beleuchtet. Die Personen der Handlung, Archiv-Verwerter E. Cincera, Werbeberater, Zuträger W. Matzinger, stud. oec., und Archivierter B. D. Niebuhr, Journalist und «konzept»-Redaktor, sind nicht als Personen wichtig. Sie werden daher im folgenden Artikel, der zugleich die dürftige Schutzbehauptung Cinceras widerlegt, er habe nur eine Bibliographie interessanter Artikel erstellt, mit C., M., und N. bezeichnet, da es hier auf die Methode, ihre Hintergründe und Wirkungen ankommt.

Die Methoden, mit denen das Archiv C. unter anderem arbeitet, sind: *Infragestellung von Fakten ohne jegliche Beweise, Wertung und Kommentierung von Dokumenten, Vermutungen, falsche Behauptungen, Berufung auf rechtslastige Quellen sowie Berufung des Zuträgers und vermeintlichen Kommentators M. auf Artikel aus seiner eigenen Feder.* Das alles ist recht dilettantisch gemacht. Die Auswirkungen aber sind alles andere als harmlos für die Archivierten.

Fakten ins Gegenteil verkehrt

Beispiel 1: Aus der (ihm bekannten) Tatsache, dass N. wegen Zahnschmerzen Anfang bis Mitte Juli 71 zu einer zahnärztlichen Behandlung beim Arzt seines Vertrauens in seiner Heimat war, macht M. folgenden Spitzelbericht: «Während der Anfa-Woche (6.-9. Juli 1971) war (N.) zufällig verreisert. Er behauptete, er habe (zufällig) noch die Fahrkarte als Beweis. Fragen: Weshalb verreisete N. noch vor Semesterabschluss? Zweck der Reise? War er schon in der Vorbereitungsphase verreisert? (Anhaltspunkte für Vorbereitung: Sonder-«s» zur Unschliessung Juli 1971.)» Beispiel 2: N. habe einmal vorgeschlagen, KStR-Schlüssel zu kopieren. «Er behauptete später, es sei nur ein Scherz gewesen.» Fazit: Der Archivierte kann sagen, was er will. Wenn die Fakten nicht ins Verdächtigenkonzept passen, werden sie als unwahr verdächtigt.

Gut gewertet ist halb verurteilt

Ein altes Mittel des politischen Kampfes ist die kommentierende Wortwahl. Auch sie wird in C.s angeblich doch nur dokumentarischen Archiv benutzt. Beispiel 1: Eine persönlich ver-

antwortete, öffentliche Kritik des N. am ersten Uni-Gesetz-Entwurf Zürich 1968 wird – vermutlich von M. – als Versuch, «die Studenten gegen die Behörden aufzubringen», gewertet. Beispiel 2: N., so schreibt der Zuträger, «verfasste einen Brief in anmassendem Ton an die Erziehungsdirektion...» Beispiel 3: Es entspricht demokratischen Gepflogenheiten, dass einzelne oder Vereinigungen zu Wahlen Stimmempfehlungen abgeben. In C.s Archiv heisst das: N. «versuchte... mit seinem Verein... die Wahlen zu beeinflussen (Plakate)». Beispiel 4: N. ist ein «Drahtzieher». Beispiel 5: Über ein Flugblatt des N. heisst es: «Mit dieser bewusst falschen Information sollten die Studenten gegen die Universitätsverwaltung aufgehetzt werden.»

Mutmassungen – so gut wie Fakten

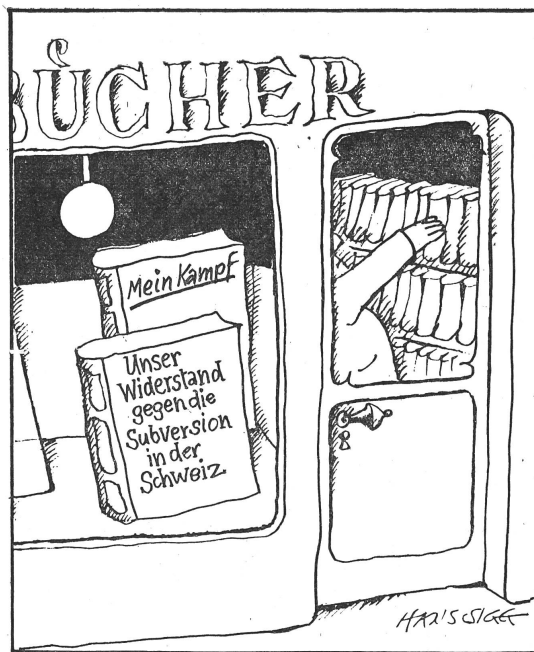
Beispiel 1: N. brachte in der «NZ» eine Entgegnung zu einer verfälschenden Darstellung der KStR-Arbeitsblätter 71. «Dies scheint zu beweisen, dass er dennoch sich besser im Inhalt der Arbeitsblätter des KStR auskannte als selbst der KStR. Zu einem weiteren Indizienbeweis müsste man evtl. Stilvergleiche in den Arbeitsblättern vornehmen.» Beispiel 2: Der Zuträger kommentiert: «Die Rechtfertigung einer solchen Verletzung der Demokratie war im Stil von N. verfasst.» Ein Beweis dafür findet sich im Archiv von C. nicht.

Es darf suggeriert werden...

Wo sich Zusammenhänge selbst durch angebliche «Indizienbeweise» nicht herstellen lassen – selbst durch M. nicht –, werden sie unterschwellig suggeriert. Und man findet in einer entsprechenden Ordnung bringt: Beispiel 1: «Boykottaktion... Es kommt zu Prügelszenen...» Es folgt eine Fachschafts- und Basisgruppenversammlung. In dieser Versammlung wurde beschlossen, den Kampf an der Uni weiterzuführen. Das heisst: kein behaupteter Zusammenhang zwischen N. und Prügelszenen – und doch einer.

... und gelogen

Wie in anderen Dossiers, so finden sich auch in dem C.-Archiv über N. Behauptungen, die nicht den banalen Tatsachen entsprechen. So einfach wie wirkungsvoll ist beispielsweise die Behauptung, N. sei «mehrfach gesehen» worden, «wie er die Passanten von der Notwendigkeit eines autonomen Jugendzentrums zu überzeugen (nicht etwa zu «überzeugen») versuchte». N. musste wohl einen Doppelgänger gehabt haben. Zu den schon erwähnten Arbeitsblättern des KStR 71 heisst es entlarvend: «Nach (nicht beweisbaren) Angaben soll N. fast alles allein geschrieben haben. Der... wäre ein Super-Papier-Revoluzzer: ein 80seitiges Papier in kürzester Zeit. Beispiel 2: Koliportiert wird im Archiv C., wieder vermutlich von Zuträger M., über N., er solle «selbst geäußert haben... dass er endlich einen Posten brauche, auf dem er etwas machen...» Die Vorstellung, dass N. finanziell von einem Zuverdienst unabhängig sein könnte (Elternunterstützung), scheint dem Zuträger



suspekt gewesen zu sein. Beispiel 3: Eindeutig dem N. als Verfasser zugeordnet werden zwei Papiere, die mit zwei der drei Initialen des N. unterzeichnet sind und die antireformistische Haltung dieses SP-Mitglieds bezeugen sollen. Legitim ist M. mit einem Namenwechsel legitimiert?

Behauptungen von Gesinnungskollegen

Nicht nur Dokumente und die Artikel der Archivierten werden bei C. abgelegt und weitergegeben. Dieses Material wird kommentiert. «Beweismaterial» ist auch das, was an Kommentaren und Meinungen von Gleich- oder Ähnlichgesinnten über die Archivierten verfasst wurde: Der Kommentator im C.-Archiv beruft sich auf J. A. Baumann, Vizepräsident des C.-Vereins «Gruppe für zeitkritische Analysen» und Patronatskomitee-Mitglied des weiteren C.-Vereins «Informationsgruppe Schweiz» in der alten «Neuen Studentenzeitung» («NSZ»), V. Landmann, als Dr. iur. gegenwärtig Verteidiger des C. im hängigen Verfahren mit der «Arbeitsgruppe Kritische Publizistik», einzelne andere «NSZ»-Artikel, die Zeitung also, mit der C.-Zuträger M. eng liiert war, und auf die «Neue Zürcher Zeitung».

Berufung des M. auf Zeitungsartikel des M.

M. ist nicht nur C.s Zuträger, nicht nur einer von dessen Archivaren, sondern auch eifriger Verbreiter seiner Vermutungen in eher rechtskonservativen Blättern. Diese Artikel fungieren im Archiv C. als Dokumente, bei denen der Verfasser nicht als gleichzeitiger C.-Mann zu erkennen gegeben wird. Da dem Aussenstehenden, Auskunftscheidenden diese Tatsache sicherlich verschwiegen wird, können Privatmeinungen, Verdrehungen und Unwahrheiten quasi objektiviert und zu «Dokumenten» werden.

M. und andere: Ihre Motive

Augenscheinlich sind die Archiv-Hilfskräfte des C. meist keine Profis; sie sind auch keine hasserfüllten Fanatiker; zumindest M. und der enttarnte Spitzel Kühnis scheinen eine andere Motivation zu haben: Als eher gehemmte Personen waren sie auf der Suche nach Anschluss, Anerkennung, einer Aufgabe, einer Rolle, in der sie – mindestens sich selbst – als etwas, als «Jemand» erscheinen konnten: welche Verlockung für solche Menschen, entlohnte Geheimagenten 007 zu sein! Bei C. wurden sie zwar für dessen Zwecke benutzt, zugleich aber bekamen sie das, wonach sie suchten. (Das Traurige daran ist freilich, dass auch hier ihnen nur eine scheinhafte Befriedigung von Bedürfnissen geboten wurde.)

Man stelle sich nun vor, M. hätte beispielsweise eine Wahlempfehlung zum Studentenparlament der Uni Zürich, hinter der er N. vermutete (s.o.), als solche genommen: als normal und legitim wie seine eigenen entsprechenden Vorstöße; er hätte nicht durch Wortwahl, suggerierende Faktenverknüpfung, Verälschungen, Unwahrheiten und «Dokumentarisierung» von z.T. eigenen Zeitungsartikeln den N. als gefährlichen Subversiven hingestellt; dann wären M. und sein Material für C. und sein Archiv nichts oder weniger wert gewesen. Der Traum vom 007-Agent wäre ausgeträumt gewesen. M. müsste glücken machen, er sei der grosse Krieger der linken Hochschulszene, der bedeutende Umriffe zu berichten habe. Wenn er aber nichts Spektakuläres zu liefern hatte, musste er seinem Material

kommentierend durch Wertungen den Anschein der Gewichtigkeit zulegen.

C. und andere: Ursachen und Wirkung

Bei diesem (verständlichen) Psychospiel könnte man sich beruhigen. Viele von uns legen sich Rollen zurecht und verhalten sich ihnen entsprechend. Die Zuträger standen aber im Dienst von C., der selbst in einem Gefühl der Furcht und Bedrohtheit zu leben scheint und der sich denen andient, die ebenfalls Angst haben: bedrohten Mittelständischen, Lehrern, die ohne genügende Fortbildung meinen, mit einer neuen Schülergeneration nicht mehr zurecht zu kommen, den von Arbeitskampfen in ihrer Position bedrohten Patrons (z.B. im graphischen Gewerbe, Fall «Courtier» in Genf).

Hier schliesst sich der Kreis und bekommt über das Individualpsychologische hinaus seine gesellschaftliche, politische Bedeutung: Zur Begründung ihrer Ängste brauchen diejenigen, die sich fürchten, Beweise dafür, dass sie sich fürchten müssen – sei es eben auch in Form von zu Bedeutung hochstilisierten Dokumenten. Sie glauben diesen kommentierten Dokumenten. Noch mehr: Wie die Erfolgsmeldungen und Dankeschreiben von Leuten und Firmen zeigen, die sich bei C. über vermeintliche Subversive erkundigt haben, trägt die dilettantische Arbeit von C. und M. und anderer ihre Früchte – in einer Gesellschaft, die verunsichert ist und meint, sich selbst auf solche Krieken stützen zu müssen. Hier liegt die eigentliche Gefahr.

Bernad Dieter Niebuhr

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Ankel Adolar!

Lieber Herr J. C. in W. (USA). Es ehrt Sie gewiss, dass Sie Ihren Arbeitsweg zu Fuss zurücklegen, statt wie ihre Vorgänger in einer langen Autokolonne zu fahren. Auch bilden die über 100 Sicherheitsbeamten am Wegrand zweifellos einen wertvollen Beitrag zur Arbeitsplatzbeschaffung. Nur – wenn Sie das gleiche Recht tatsächlich jedem gewöhnlichen Mitbürger zugestehen wollen, dann werden Sie sich zu Fuss kaum noch durch die Polizisten zwingen können.

treffpunkt

Unkomplizierte Reisepartner für Südamerika (Peru) gesucht. Start: Herbst 77, für mind. 3 Monate. Gemeinsame Planung und Finanzierung. Bin 26 J., fem. und zu erreichen unter Chiffre 3503, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: stigmatisierter Naturwissenschaftler (25), sportlich, gutaussehend u. v. m., sucht einen wirklich aufgeschlossenen Freund bis 35 für... alles möglich! Zuschriften an Chiffre 3504, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich (25) suche Anschluss an Wohngemeinschaft oder Interessenten, um eine solche zu gründen. Tel. (01) 57 57 70, Intern 2239, am besten 13.00-14.00 Uhr.

BE: Student (21), in kein Schema hineinpassend, sucht ebensozellige zärtliche Gefährtin. Nicht zum Pferdestehlen, vielleicht aber (auch) zum Reiten. (Unheilbarer Pferdefeind.) Bildzuschriften an Chiffre 3480, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wo bist Du, lebenslustige, phantasievolle Eva (20 bis ca. 28, auch verheiratet oder sonstwie frustriert), die mit jungeselligem Einzelgänger (30/182, schlank) nach Lust und Laune Tisch und Bett in romantischem Städtli in der nähen Umgebung Berns teilt? – Deine Bildzuschrift wird mit discreziona behandelt. Chiffre 3472 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wir sind eine Wohngemeinschaft in Stäfa (2 Frauen, 2 Männer, 2 Buben, ein Baby) und suchen noch jemanden, der mit uns zusammenwohnen möchte (Frau oder Mann). Unser Telefon: (01) 926 58 38.

Aufgeben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinsätze 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockdruck sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse befügen und einenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postcheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinsatze des konzept» bzw. «Kleininsatze des konzept» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einschlagenscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

Frau, 28, sucht Platz in WG (Zürich-Winterthur). Wichtig: gute Beziehungen, Auseinandersetzungen untereinander, über Beruf, Politik, Sexualität, Mann-Frau-Rolle usw. Chiffre 3520, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welches sportliche, gutaussehende Mädchen mit Esprit zwischen 18 und 30 ist bereit, mit Medizinstudent (26/178), dunkelhaarig, schlank, eine ehrliche Freundschaft aufzubauen? Meine Hobbies: Stiefeln, Schwimmen, Schach, Fotografie, Wandern. (Bild-Zuschriften unter Chiffre 3521 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.)

BS, BL: Student (22) sucht 18- bis 22jähr. Freund, zwecks Austausches geistiger und körperlicher Erfahrungen (klass. Musik, Literatur, Kunst). Wenn Du Dich nicht nur für «schöne Stunden» interessierst, schreibe mir (Bild) unter Chiffre 3464, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Du bist zierlich, aufgestellt und echlt intellektuell (f), öppl 22-30, bis ca. 165 cm. Ich bin um die drissig. Schreibe mir doch ganz kurz. Chiffre 3465, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Pen Pal Weltmagazin

für direkte Partnerwahl durch Photos mit Adressen. An Kiosken.

Aber sicher können Sie, lieber Herr C. in Cera, noch immer in jeder Buchhandlung jenes Buch kaufen, welches vorläufig zum Verkauf verboten wurde. Sie müssen sich aber verpflichten, vor ihrem eigenen Gewissen und mit Treu und Glauben, dass Sie die Passagen, welche zum Verbot Anlass gaben, einfach nicht lesen. Oder aber, falls Sie sie doch gelesen haben sollten (unabsichtlich), sie sofort wieder vergessen.

Nein, liebe F.-D. P. in Z., «Interesse ist nicht schimpflich». Es ist völlig in Ordnung, dass «jeder Mensch völlig zu Recht seine persönlichen Interessen vertritt». Gewinnen tut bei diesem Spiel übrigens immer derjenige, dessen Interessen eben stärker sind. Das Spiel wird auch bei uns gespielt, und mit Ihrem Inserat in einer feinsinnigen Zeitung haben Sie ja auch schon daran teilgenommen. P. S.: Das Spiel heisst «Demokratie».



Jetzt schon in 5. Auflage

Übrigens: Mehr über Cincera in «das konzept» schon im Dezember 76 und Januar 77. Jede Nummer gegen 1.50 Fr. in Briefmarken oder einfach Jahresabonnement mit Vermerk «+ 2 Cinc.-Nummern» bei «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich.

Bekanntmachung!

Wegen einer gewissen, notwendig gewordenen Umstrukturierung in unserer Branche sucht die Bundespolizei (Abt. Innere Sicherheit)

Schnüffler
Spitzel
Denunzianten
Archivare
Demonstrations-
fotografen etc.

Bewerber mit einschlägiger Erfahrung werden bevorzugt. (Diskretion zugesichert.)

«das konzept» gegen die Pressekonzentration: Fusionieren Sie mit uns!

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrende unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweis kopieren). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen):

- ☐ März bis Dezember 77 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)
- ☐ zum Schülerpreis von 10 Fr. (Ausweis kopieren belegen!)
- ☐ zusammen mit dem «zürcher studenten» (März 77 bis Februar 78) für 22 Fr.
- ☐ Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf:

Datum:

Talon einenden an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten*/als Probenummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n):

dk 77/2

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

85. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.-

Zürich, Samstag, 24. Januar 1977**

Tages Anzeiger MAGAZIN

Geschäftsstelle: Zollikerstr. 4, Werdhölzli-Str.
Postfach 8021 Zürich
V. Freitag, Abonnement: Telefon 61 29 36 35, Telex 33 158
V. Ausgabe von Kreisvertrieb: Telefon 61 29 36 35, Telex 33 158
V. Redaktion: Telefon 29 36, Telex 29 36 35

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Ausgabenpreis: Lit. 400, Pst. 1.00, MwSt. 40
Abonnementpreis: Lit. 400, Pst. 1.00, MwSt. 40
Grundpreis für Inserate: Lit. 100, Pst. 1.00, MwSt. 40
Einzel: Pst. Fr. 2.20, Telefonat 073 91, 8.30
Gesamt: Lit. 400, Pst. 1.00, MwSt. 40

Arrestbeschwerden nicht
mehr beim Obermilitär

Liberaler Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch

Der Konsum

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfs.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

- ☐ Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.
- ☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- ☐ monatlich Fr. 6.45
- ☐ vierteljährlich Fr. 18.55
- ☐ halbjährlich Fr. 36.75
- ☐ jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____ 7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

**WEIL MAN HEUTE
SO VIEL WISSEN MUSS.**